

MATTHIAS ECKER-EHRHARDT

**ZU EMERGENZ UND WANDEL ARGUMENTATIVER
KOALITIONEN**

**DIE INTEGRATION VON KRITIK IN DEN DEUTSCHEN
ÖSTERWEITERUNGSKONSENS**

**InIIS-Arbeitspapier Nr. 29
2004**

MATTHIAS ECKER-EHRHARDT

**ZU EMERGENZ UND WANDEL ARGUMENTATIVER
KOALITIONEN**

DIE INTEGRATION VON KRITIK IN DEN DEUTSCHEN
OSTERWEITERUNGSKONSENS

InIIS-Arbeitspapier Nr. 29/04

Institut für Interkulturelle und Internationale Studien
(InIIS)
Universität Bremen
Postfach 33 04 40
28334 Bremen

Inhalt

1.	Einleitung	3
2.	Argumentationslogisch ansetzende Diskursanalyse – ein Analyseraster	4
2.1	Die Unterscheidung von Diskurs und dessen textlichen Manifestationen	5
2.2	Ebenen argumentativer Integration – Argumente, Koalitionen, Debatten	7
2.3	Die Kombination qualitativer und quantitativer Textanalyse	11
3.	Die Erweiterungsdebatte: Von der JA- zur JA, ABER-Koalition	13
3.1	Das frühe JA zu Annäherung und Erweiterung	14
3.2	Das ABER der Kriterien, Reformen und Übergangsfristen	16
3.3	Die partielle Integration von JA und ABER	19
4.	Wie konnte die Integration von JA und ABER gelingen? – Gute Gründe	25
4.1	Normative Gründe – für's JA, aber nicht für's ABER!	25
4.2	Konsequenzen I – der „Bumerang“ von Armuts- und Risikodiagnosen	27
4.3	Konsequenzen II – „Nationalisierung“ der Neuen Deutschen Europapolitik	32
5.	Fazit	35
	Methodischer Anhang: Binäre Korrelationsmaße in der Textanalyse	37
	Literatur	39

1. Einleitung

Will man europäische oder im weiteren Sinne internationale Politik verstehen, reicht es bei Lichte betrachtet nur selten, sich auf die Ebene internationaler Verhandlungen zu konzentrieren. Stets bringen Regierungsvertreter ein bestimmtes Maß variierender Präferenzen mit, die neben eigenen Überzeugungen und Situationsdeutungen auch gesellschaftliche Meinungsbildungsprozesse und „win-sets“ reflektieren, deren Ergebnis die Verhandlungsspielräume von Regierungen maßgeblich bestimmen (Putnam 1988). Diese „Innenseite“ der Außen-, Sicherheits- oder Europapolitik erhält zusätzliche Bedeutung durch die Diagnose ihrer wachsenden „Mediatisierung“ im Zuge derer Details internationaler Verhandlungen immer häufiger auf dem Bildschirm nationaler Öffentlichkeiten erscheinen. Auf die internationale Umwelt gerichtetes Regierungshandeln gerät dabei zunehmend unter Rechtfertigungszwang. Regierungsvertreter und ihre Opponenten müssen sich in einer medienvermittelten „Außenpolitik als Verhandlungsdemokratie“ (Münch 1998) selbst in gesellschaftliche Deutungskonflikte einschalten, um Unterstützung für sich und ihre Politik zu organisieren. „Argumentieren“, „gesellschaftliche Diskurse“ oder „Öffentlichkeit“ erscheinen demgemäß fast zwangsläufig als neue Leit motive zeitgemäßer Analysen internationaler Politik.

Doch wie lassen sich Deutungskonflikte im Zuge öffentlicher Debatten beschreiben und verstehen? Woran sieht man den Erfolg von Argumenten? Wie lassen sich Emergenz und Wandel zugrunde liegender Deutungsstrukturen jenseits einfacher (Nicht-)Existenz-Beobachtung valide bestimmen? Diese Fragen versucht der folgende Beitrag mit Hilfe der Diskursanalyse zu beantworten. Deren theoretischer Ausgangspunkt bildet zunächst ein poststrukturalistisch informierter Begriff von „Diskurs“, der allerdings durch Konzepte der politikwissenschaftlichen Argumentations- und Policy-Analyse wesentlich ergänzt wird. Sie gewinnt damit, so meine These, den analytischen Zugriff auf „agency“ zurück, deren Handlungsprodukt „Text“ sie auf Mikro-, Meso- und Makroebene qualitativ erschließt. Methodisch versucht das Papier darüber hinaus auch zu zeigen, dass gerade eine – an die qualitative Erschließung anknüpfende – quantitative Auswertung von Argumentationsprozessen graduelle Verschiebungen aufdecken kann.

Als empirisches Beispiel dient die deutsche Osterweiterungsdebatte von 1989 bis zur Bundestagswahl 1998. Eine Analyse von Zeitungskommentaren und Bundestagsreden zeigt hier, dass und wie es Akteuren im Laufe der 1990er Jahre gelang, Bedingungen einer Mitgliedschaft zu formulieren und entsprechende Forderungen in einen breiten Erweiterungskonsens zu integrieren. Hieran anschließend wird versucht, diesen Erfolg im Rückgriff auf die Gründe zu verstehen, die Sprecher zur Stützung ihrer Präferenzen in die Debatte einbrachten. Zwar bilden normative Gründe ein wesentliches Charakteristikum der deutschen Erweiterungsdebatte, jedoch wird vielfach auch auf die Konsequenzen einer Erweiterung verwiesen. Bei genauerer Betrachtung, so die These, bergen diese konsequenzialistischen Gründe den wesentlichen Schlüssel zum Verständnis der deutschen Debatte. So wird zum einen argumentiert, dass die eingeführten Verweise auf die schlechte Lage in Mittel- und Osteuropa bzw. deren „Instabilität“ zwar zu Beginn der Debatte vor allem die normativen Verpflichtungen Deutschlands für eine aktive Erweiterungspolitik begründen sollten. Es lässt sich jedoch zeigen, dass diese Begründungsmuster – im Sinne eines „argumentativen

Bumerangs“ – schließlich vor allem die Verzögerung der Erweiterung, strenge Beitrittskriterien, die Reform der EU-Institutionen und -Politiken und Übergangsfristen legitimierten.

Zum anderen bedingt die Verschiebung zu einer konsensualen Position des „Ja, aber...“ auch einen verstärkten Rückgriff auf die „eigenen Interessen“ des Publikums und eine damit verbundene „Entmoralisierung“ des sprachlichen Vordergrundes der Debatte. Diesbezüglich wird abschließend argumentiert, dass dies nicht etwa darauf hinweist, dass die „eigenen Interessen“ weniger normativ legitim in den Augen von Sprechern und Publikum waren bzw. sind, im Gegenteil. Vielmehr weist die häufige Referenz auf normative Pflichten im Falle „altruistischer“ Argumentationen zugunsten der Beitrittsgesellschaften darauf hin, dass hier Verantwortung erst aufwendig konstruiert bzw. belegt werden muss, die im Falle des „deutschen Gemeinwohls“ bereits – was kaum überraschen kann – als gegeben vorausgesetzt wird. Hierbei weist die Tatsache, dass auch Verweise auf Konsequenzen für den Kreis der westeuropäischen Altmitglieder (EU-15) bzw. die Europäischen Institutionen ohne weitere normative Gründe auskommen, darauf hin, dass hier bereits ein hoher Grad an normativer Vergemeinschaftung besteht, auf den sich entsprechende Argumente stützen können – ein über den konkreten Fall hinausweisendes Ergebnis.

2. Argumentationslogisch ansetzende Diskursanalyse – ein Analyseraster

Gesellschaftliche Unterstützung für Politik hat zur wesentlichen Bedingung, dass sie in den Augen des sie beobachtenden Teils der Gesellschaft „Sinn“ macht. Ihre Mittel dürfen den Konsens des Zulässigen nicht verlassen, ihre Ziele müssen plausibel sein, ihre Erfolgsaussichten realistisch. Damit bleibt gesellschaftlicher Zuspruch an individuelle wie kollektive Interpretationsprozesse gebunden, deren Ausgangspunkt vorhandene Raster von Wissen im weitesten Sinne bilden – Sachwissen über die Welt, wie sie ist und funktioniert, moralische Standards, Wertprioritäten, Verpflichtungen usw. Es sind diese latenten Bedeutungsstrukturen einer Gesellschaft, vor deren Folie spezifische Stimmungen und Deutungskonflikte erst verstanden werden können und denen sich Diskursanalyse im Allgemeinen wie auch in meinem Fall widmet. Gerade eine Diskursanalyse, die verschiedene Argumentationen als Ausdruck und Strategien bestimmter „Koalitionen“ begreift, so meine Annahme, kann dabei den langfristigen Wandel gesellschaftlicher Debatten verstehen helfen. Es sind im Wesentlichen zwei Überlegungen, die dabei meinem eigenen Verständnis von Diskursanalyse zugrunde liegen und denen im Folgenden Raum gegeben werden soll. Sie erscheinen wichtig, sofern sie meines Erachtens zentrale theoretische wie methodische Defizite vorliegender Ansätze lösen können bzw. deren Lösung erleichtern. Dabei geht es mir erstens um die systematische Unterscheidung eines poststrukturalistisch geprägten Begriffs von latentem *Diskurs* von dessen (vor allem sprachlichen) *Manifestationen*. Zweitens lassen sich jene sprachlichen Manifestationen nach Argumentationen bzw. ihren Bestandteilen (Mikroebene), argumentativen Koalitionen (Mesoebene) und schließlich ganzen Debatten (Makroebene) differenzieren.

2.1 Die Unterscheidung von Diskurs und dessen textlichen Manifestationen

Meinen Begriff von Diskurs entlehne ich der poststrukturalistischen „Diskursanalyse“, wie er sich meist mit Autoren wie Foucault, Derrida oder Laclau/Mouffe verbindet und bereits Eingang in Arbeiten aus dem außen- und europapolitischen Bereich gefunden hat.¹ „Diskurs“ bezeichnet hier eine Ebene sozial geteilter Deutungsstrukturen, wie sie in anderem Zusammenhang Begriffen wie „Kultur“ (Geertz 1995), „Wissen“ (Berger/Luckmann 1967) oder auch „Lebenswelt“ (Habermas 1981) zugerechnet werden.² Traditionell verweist der Diskursbegriff (auch) hier darauf, dass die sprachliche Vermittlung und Konstruktion von Bedeutung den Angelpunkt der Analyse bildet. Ihren theoretischen Bezugspunkt finden entsprechende „Diskursanalysen“ unter anderem in der strukturalen Linguistik de Saussures (Torfing 1999: 87-91, Diez 1999). Der diskursanalytisch zu erfassende Gegenstandsbereich ist nun aber keinesfalls auf Regeln sprachlicher Kommunikation beschränkt; *das Diskursive umfasst das Soziale schlechthin*. Jede „soziale Konfiguration“ ist bedeutungsgeladen – „diskursiv“ – sofern sie Objekten intersubjektiv Bedeutung zuweist – „there is a strict equation between the social and the discursive“ (Laclau/Mouffe 1987: 83).

Indem Diskurse den Horizont des sozial Möglichen definieren, sind sie im diskurstheoretischen Sinne „mächtig“. Waever (1994, 1998) strebt mit einer Analyse so genannter „national discursive spaces“ etwa die Beschreibung außenpolitischer Handlungsszenarien an, die der Deutungshorizont gesellschaftlicher Diskurse eröffnet (vgl. allerdings Waever 1998: 100); es geht ihm zufolge also darum, „[to] explain the directions and forms that foreign policy can take for a specific state if it is still to remain politically meaningful in its national context“ (Waever 1994: 254). Es ist dieses Verständnis von Diskurs als einer „Totalität“ existierender Deutungen, die das Konzept für die Analyse eines „ideellen Horizonts“ politischen Handelns und darauf bezogener gesellschaftlicher Debatten prädestiniert.

Doch wo kommen Diskurse eigentlich her? Wer macht sie? Um die Konstruktion und Reproduktion von Bedeutung im Rahmen gesellschaftlicher „Deutungskämpfe“ (Keller) tatsächlich beobachten und analysieren zu können, erweist sich das Theorieangebot der poststrukturalistischen Diskursanalyse zwar als anregend, keinesfalls jedoch erschöpfend, denn zu den wesentlichen Aporien einschlägiger Diskursanalysen gehört ein Mangel operabler Begriffe für die Analyse jener Konstruktionsprozesse, die Debatten letztlich erst zum legitimen Gegenstand einer zeitgemäßen (d.h. eher konstruktivistischen denn strukturalistischen) Analyse werden lassen. Bei Laclau und Mouffe findet sich zum einen der Begriff der „Artikulation“ als einem (erfolgreichen) Versuch von Akteuren durch „establishing relations among elements such that their identity is modified“ (Laclau/Mouffe 1985: 105). Bei der Artikulation freier „elements“ zu fixen „moments“ eines Diskurses (Laclau/Mouffe 1985: 105) geht es im Anschluss an Gramsci schließlich immer um ideologische Führerschaft, also „Hegemonie“

¹ Die Zahl diskursanalytisch inspirierter Arbeiten ist mittlerweile kaum noch zu überschauen, stellvertretend seien hier neben Waever 1994, 1998 und Diez 1999 vor allem die frühen Interventionen Shapiro et al. 1988, Doty 1993 und Weldes 1996 genannt.

² Konturen gegenüber verwandten Konzepten wie „Kultur“ oder „Lebenswelt“ gewinnt der Diskursbegriff letztlich durch die Idee einer permanenten „Dezentrierung“, die die Macht der Strukturen als begrenzt ausweist. Dabei erscheinen Entwürfe umfassender politischer oder wissenschaftlicher Deutungssysteme der Diskursanalyse notwendigerweise ideologisch, da sie zumindest implizit immer einen Anspruch auf „Vollständigkeit“ und „Transparenz“ im Rekurs auf letzte Determinanten oder Geltungsgründe erheben.

(Laclau/Mouffe 1985: 93-148, Critchley 1998: 807).³ Diskursanalyse versteht sich zum anderen als praktisch geleistete Ideologiekritik; ihre Protagonisten erheben dezidiert den Anspruch, sich durch „*Dekonstruktion*“ „einzumischen“ (kritisch hierzu Rorty 1996): In ihr soll der Charakter politischer Setzung, die jede scheinbar fixierte Bedeutung tatsächlich hat, durch systematische Entschlüsselung „blinder Flecken“ im Diskurs sichtbar gemacht und kritisiert werden. Artikulation und Dekonstruktion geben hier eine *binäre Differenzkette von Handlungstypen* vor: Während Akteure durch Artikulation in ihrer Bedeutung ambivalente Diskurselemente „fixieren“, also in „Momente“ des Diskurses verwandeln, liegt der Sinn von Dekonstruktion in der Lösung („Dislokution“) solcher Fixierungen, also der Überführung fixierter Momente zurück ins „Feld des Diskursiven“. „Artikulation“ und „Dislokution“ bleiben gleichwohl Handlungseffekte, deren Beobachtung auf der Ebene konkreter Texte nirgends genauer thematisiert, geschweige denn im Sinne methodischer Operationalisierungen und Verfahren erschlossen wird.

Wie lässt sich also „Artikulieren“ bzw. „Dekonstruktion“ handlungstheoretisch ausbuchstabieren und operationalisieren; welches Handeln hinterlässt solche Effekte der Integration bzw. Desintegration auf der Ebene überindividueller Bedeutungsstrukturen und warum? Um diese Fragen analytisch wie methodisch stringent angehen zu können, muss die Diskursanalyse handlungstheoretisch komplettiert werden. Als hilfreich erweist sich dabei meines Erachtens eine Differenzierung von „Diskurs“ wie er die Poststrukturalisten umtreibt und dessen Manifestationen in Handlungsprodukten, denen sich die Analyse empirisch nähert, um einen analytisch nachvollziehbaren Zugriff auf Diskursstrukturen überhaupt zu ermöglichen. *Diskurs* steht diesem Verständnis gemäß für Strukturen bedeutungsgeladener Handlungen bzw. Handlungsprodukte wie Laute, Schriftzeichen(-folgen), Bilder etc., die im Sinne eines abstrakten „Wörterbuchs“ sozialen Prozessen gleichsam zugrunde liegen.⁴ Sie sind damit aber auf den Gegenstand sprachvermittelter Kommunikation zurückgewendet *Sprachordnung* und nicht *Sprachgeschehen*. So lässt sich der Diskurs von seinen *Manifestationen* abgrenzen, d.h. die diskursive Strukturiertheit von Bedeutung von jenen materiellen Handlungsprodukten, die diese Strukturen manifestieren. *Diskurse* sind im klassischen Sinn „soziologische Tatsachen“, die charakteristische Muster sozialer Prozesse auf einer latenten Ebene von Bedeutungsstrukturen beschreibbar machen. Sie stellen den latenten kulturellen Kontext politischer „Texte“ dar. *Manifestationen* heißen entsprechend bei mir alle Phänomene, die als materielle Spuren von Diskursstrukturen ins Gesichtsfeld der Analyse rücken, wie sprachliche Kommunikation in Form politischer Debatten aber auch Kognitionen (vgl. Ecker-Ehrhardt 2002). *Text und Diskurs stehen sich demgemäß bei der empirischen Analyse als Indikator und Konzept gegenüber.*

³ Das Englische *articulation* bezeichnet hier nicht das Gleiche wie das deutsche „Artikulation“, sondern entspricht eher dem deutschen „Verknüpfen“ bzw. dem lateinisch-entlehnten „Integrieren“.

⁴ Diese Formulierung verweist auf de Saussures Begriff von Sprache (*langue*) als einem sozial verbindlichen Reservoir an Zeichen und Regeln ihrer korrekten Verknüpfung, das konkrete Kommunikation (*parole*) erst ermöglicht. Sie ist in diesem Sinne einem abstrakten Wörterbuch vergleichbar, das alle Mitglieder einer Sprachgemeinschaft durch Sozialisation vermittelt bekommen.

2.2 Ebenen argumentativer Integration – Argumente, Koalitionen, Debatten

Assimiliert man den Diskursbegriff an die Idee einer latenten Sprachordnung, lässt sich deren Konstruktion im Rückgriff auf alternative Traditionslinien von Diskursanalyse thematisieren (vgl. Keller 1997). Sie geht auf den im angelsächsischen und französischen Sprachgebrauch gängigen Begriff „discourse“ bzw. „discours“ als Gespräch oder Rede, also ein Sprechen unter Anwesenden, zurück. Auch soziologische Arbeiten der Öffentlichkeits- und Bewegungsforschung (etwa Gamson/Modigliani 1989, Gerhards 1992, Brand et al. 1997) verwenden den Diskursbegriff in vergleichbarer Weise („öffentliche Diskurse“), um komplexe Kommunikationsprozesse im öffentlichen Raum zu bezeichnen. Letztere Ansätze teilen damit zwar zumindest in Teilen meinen Erklärungsgegenstand, sofern sie auf die „kollektive Ebene von Prozessen gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktion“ (Keller 1997: 313) abheben. Auch sie gebrauchen den Diskursbegriff jedoch immer im Sinne eines öffentlichen Kommunikationsprozesses, in dessen Verlauf aufeinander bezogene Äußerungen bzw. Textfragmente produziert werden. Diese sind notwendigerweise thematisch strukturiert und manifestieren, reproduzieren bzw. verändern die Deutungsangebote einzelner oder mehrerer Diskurse, sind aber nicht mit diesen gleichzusetzen. Im Sinne dieser Traditionslinie spreche ich im Folgenden von „*Debatten*“ als dem manifesten Geflecht kommunikativer Praxis und dem dabei produzierten „Text“.

Argumentieren mit Gründen: Mit Blick auf die klassische Sprechakttheorie (vgl. Toulmin 1996, Habermas 1981, Kuhlmann 1999) lässt sich das empirisch zu beobachtende Sprachgeschehen („Debatten“) zunächst als eine Abfolge von kommunikativer Handlungsmonaden begreifen, den sogenannten „Sprechakten“ die vor allem in Form „begründeter Argumentationen“ für die Analyse relevant sind. Hier ermöglicht der Rekurs auf diese „zweite Traditionslinie von Diskursanalysen“ (Keller 1997) insbesondere, eine Brücke zur eher gegenstandsbezogenen Diskussion alternativer „Ideen“ in den Internationalen Beziehungen zu schlagen. Während nämlich die Poststrukturalisten viel von „Knotenpunkten“, „Narrativen“ oder „Subjektpositionen“ sprechen, bleiben diese Metakonzepte für die Beobachtung und Systematisierung konkreter Texte ebenso schwer zu gebrauchen wie der einschlägigen Debatte um die Rolle von Normen und Sach- bzw. Kausalwissen fremd (vgl. etwa Diez 1999).

Den Begriff der Argumentation entlehnt Habermas bei Toulmin (1996, Habermas 1981, I: 48). Dieser unterscheidet grundsätzlich zwischen der Behauptung bzw. Konklusion, deren Gültigkeit begründet werden soll, und dem eigentlichen Grund (Toulmin 1996: 88-98); idealtypisch folgen Argumente also immer der Form „X ist (Behauptung); dies ist so, weil Y (Grund)“. Gründe zerfallen schließlich in explizit formulierte Daten und implizite Regeln, die eine bestimmte Behauptung als wahr erscheinen lassen. Habermas dekliniert nun dieses Schema über alle Formen möglicher Aussagen, deren Begründung in Form von Argumentationen notwendig und empirisch von Interesse sein kann. Als hilfreich erweisen sich hier die von Habermas eingeführte Unterscheidung alternativer Geltungsgründe. Ihm zufolge beruhen Argumente auf unterschiedlichen Kategorien von Wissen, die sie als gültig behaupten und an die ein Widerspruch als „Gegenargument“ ansetzen kann (Habermas 1981, I: 65). Ihre Akzeptabilität in den Augen von Hörern bzw. Lesern macht Argumente zu

„starken“ Argumenten, die überzeugen (vgl. auch van Dijk 1980, Schwab-Trapp 2004), ihre Resonanz mit vorhandenen Überzeugungen kann ein Umdenken einleiten.⁵

Die normativen Implikationen einer Politik erfordern in diesem Sinne den Rekurs auf *moralische Standards* (Habermas 1981, I: 67). Sprechen Akteure etwa in Kategorien von „Gerechtigkeit“ oder einem „deutschen Interesse“ bzw. „Gemeinwohl“, so begründen oder kritisieren sie Politik als normativ (un-)angemessen, indem sie bestimmte Gerechtigkeitsregeln oder Gruppennormen in die Waagschale werfen (vgl. auch March/Olson 1998, Risse 2000). Was die für die Ideenliteratur und Diskurstheorie wichtige Kategorie „*Identität*“ anbelangt, lässt sich schließlich jedoch davon ausgehen, dass sie sich nicht nur mehr oder weniger explizit als normative Verpflichtung aufs partikulare, nationale, transnationale oder auch supranationale Gemeinwohl manifestiert. Gerade die in Debatten fokussierten Konsequenzen transportieren Gemeinwohldefinitionen, die gleichwohl hinsichtlich ihrer normativen Implikationen zu kritisieren sind: Auf wessen Nutzen werden hier politische Akteure verpflichtet? Wessen Schaden gilt es abzuwenden?

Diese Aussagen über die „soziale Welt“ im Sinne „aller legitim geregelten interpersonalen Beziehungen“ (Habermas 1981, I: 149), hat eine Diskursanalyse zweifellos herauszuarbeiten, will sie die Erzeugung gesellschaftlicher Zustimmung umfassend verstehen. Unterstützung lässt sich nun aber nicht nur im Verweis auf normative Angemessenheit organisieren, das Politische definiert sich nicht zuletzt durch Konflikte um Lösungsstrategien. In diesem Sinne droht eine Analyse öffentlicher Debatten Wesentliches aus dem Blickfeld zu verlieren, konzentriert sie sich lediglich auf die normativen „Fesseln“, die die Gesellschaften außenpolitischen Entscheidern vermeintlich anlegen.⁶ So lassen sich nämlich Regierungshandeln und die ihr zugrunde liegende Programmatik bezüglich der „*Wirksamkeit*“ kritisieren, mit der gesetzte Ziele tatsächlich erreicht werden. Inwieweit Politik auf hinreichend realistische Konsequenzerwartungen beruht, ist darum ein wesentlicher Streitpunkt öffentlicher Deutungskonflikte. Dass vorhandenes bzw. um Anerkennung konkurrierendes Kausalwissen über Zusammenhänge von Ursache und Wirkung für das Verständnis politischer Entscheidungsprozesse wesentlich ist, kann dabei als Ergebnis einer Legion von Studien über „cognitive maps“ bzw. „epistemic communities“ vorausgesetzt werden.⁷ Dass es auch öffentlichen Debatten zugrunde liegt, ist zwar offenkundig, aber

⁵ Letztlich lässt sich die Konstruktion und Rezeption von Sprechakten nur im Sinne eines kognitionspsychologisch inspirierten Prozessmodells hinreichend verstehen, wie es sich etwa viel beachtet in den soziolinguistischen Arbeiten van Dijk (1980) findet (vgl. auch Mayring 1993). Dass Differenzen zwischen sprachlichem Vorder- und kognitivem Hintergrund dabei analytisch bedeutsame Schlüsse auf die auch demokratietheoretisch bedeutsamen Modalitäten des authentischen oder eher manipulativen „Überzeugens“ zulassen, habe ich versucht, an anderer Stelle zu belegen (Ecker-Ehrhardt 2002).

⁶ Nach wie vor instruktiv ist hierfür meines Erachtens der Versuch von Boekle und Kollegen (1999, vgl. auch Rittberger 2001), den Konstruktivismus in jenes Prokrustesbett zu zwingen, das ein zwanghaft auf Theorieolympiaden verkürzter Umgang mit alternativen Ansätzen anscheinend zwangsläufig produziert: „Konstruktivismus“ wird zu einem Ansatz, der Normen beschreibt und daraus testbare Handlungsprognosen angemessenen Verhaltens ableitet. Das Ergebnis sind unterkomplexe Erklärungen, die nur dann einmal „als erste ins Ziel kommen“ (d.h. aussagekräftiger sind), wenn die ebenfalls verstümmelten „neorealistic“ oder „liberalistischen“ Erklärungen noch weniger zum Verständnis beitragen – Politikwissenschaft als Blindkuhspiel.

⁷ Zentraler Gegenstand dieser Forschung sind Strukturen individuell gehaltener Annahmen über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, wie sie etwa Arbeiten in der Tradition Axelrods (1976, vgl. auch Shapiro et al. 1988) ausführlich erhoben und in der Form so genannter „cognitive maps“ diskutiert haben. Im Falle der Arbeiten zu „advocacy-coalitions“ und „policy-paradigms“ (Hall 1993)

bislang völlig unzureichend analysiert. Mehr oder weniger komplexe Strukturen von Kausalannahmen („Theorien“, „Paradigmen“) zum Gegenstand einer Diskursanalyse zu machen, kann daher als zentrales Desiderat einer politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit öffentlichen Debatten im Allgemeinen sowie einer entsprechenden Außenpolitikanalyse im Besonderen festgehalten werden. Eine „konsequenzialistische Argumentation“ kann dabei als eine rhetorische Figur bezeichnet werden, bei der ein Sprecher eine bestimmte Position mit Verweis auf die Erwartung einer bestimmten Konsequenz zu begründen sucht.

Habermas Überlegungen erhalten auch hier ihren wesentlichen Stellenwert für die Analyse außenpolitischer Debatten, weil er – entgegen seiner Rezeption in der deutschen Debatte (zusammenfassend Risse 2000) und auch weitergehend als hier darzulegen – Argumentieren über Außenpolitik allgemein wie theoretisch gehaltvoll diskutiert und systematisiert. Die Stärke dieses Ansatzes für die Analyse liegt dabei insgesamt weniger oder zumindest nicht nur auf der Ebene internationaler Verhandlungen, als vielmehr bei der *Erzeugung gesellschaftlicher Legitimität in teil- oder gemeinöffentlichen Foren wie Parlament, Medien oder auch der Wissenschaft*. Die Möglichkeit, die in der Ideenforschung thematisierten Kategorien wesentlicher Diskursmomente wie Normen, Konsequenzrelationen und kollektive Identitäten auf der Ebene sprachlicher Manifestationen nachzuverfolgen, prädestiniert sie sowohl als theoretische Konzeption von Sprechweisen wie auch hinsichtlich methodischer Implikationen ihrer hermeneutischen Erschließung, auf die noch zurückzukommen sein wird.⁸

Argumentative Koalitionen: Mit dem Konzept der „Argumentation“ gewinnt man somit einen ersten Begriff für jenes Sprachgeschehen thematisch strukturierter Debatten, deren Analyse nun Einblicke in die Konstruktionsprozesse komplexer Diskursstrukturen verspricht.

bzw. „impliziten Theorien“ (Hofmann 1993) sind Ursache-Wirkungs-Annahmen ein wichtiges Thema der einschlägigen Policy-Analyse geworden (Sabatier/Jenkins 1999), die die Wirkung solcher Ideen auf den Herstellungs- bzw. Implementationsprozess von Politik im engeren Sinne thematisieren. In der Tradition der Argumentationstheorie (Toulmin 1996) haben schließlich auch Medienanalysen die Verwendung von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen in öffentlichen Debatten beschrieben (Kuhlmann 1999).

⁸ Rainer Hülse (2003) hat in einem – im Übrigen sehr informativen Beitrag – gegen diese Einschränkung auf argumentativ eingebrachte Aspekte wie Gemeinschaftsdefinitionen, Normen und Kausalwissen eingewendet, dass einer solchen Analyse Metaphern notwendigerweise entgingen. Dass dem nicht so ist, versuche ich schon in meinem Aufsatz von 2002 zu zeigen, in dem ich stellenweise – übrigens zum Teil recht ähnlich zu Hülse – auf metaphorisches Sprechen im Zusammenhang mit Normen verweise („Haus Europa“, „arme Vettern“). Letztlich stellen auch Metaphern Deutungen bereit, die die Sprecher in der Hoffnung einbringen können, dass ihre Positionen Geltung erlangen. Metaphern können darüber hinaus auch Kausalzusammenhänge plausibilisieren – etwa wenn ein „volles Boot Europa“ zwangsläufig bei jedem neuen Flüchtling kentern muss, oder „Nachbarschaft“ eben nicht nur Solidarität sondern auch problematische Interdependenz impliziert (s.u.). Wo mir dies im Rahmen der Osterweiterungsdebatte vorzuliegen scheint, verweise ich darauf, ein systematisches Problem für eine Argumentationsanalyse (wie von Hülse behauptet) liegt jedoch meines Erachtens nicht vor – weder im Zusammenhang mit normativen noch konsequenzialistischen Gründen. Demgegenüber verwundert allerdings, dass Metaphernanalysten zwanghaft davon auszugehen scheinen, dass das Sprechen (oder gar das Soziale?) fast durchweg „metaphorisch“ ist (vgl. schon Lakoff/Johnson 1980, Opp de Hipt 1987). Eine gegenstandsbezogene Diskursanalyse bleibt jedoch tatsächlich immer verkürzt – so auch im Falle der Osterweiterung –, kapriziert sie sich vollständig auf die metaphorische Qualität zugrunde liegender Deutungsstrukturen bzw. manifester Debatten. In diesem Sinne: „Sprache ist mehr als Metaphern“ (oder besser: „Sprechen ist mehr als Bilder malen“).

Allerdings bleibt hier die Beobachtung einzelner als „Argumentationen“ typisierter Sprechakte für eine Analyse politischer Prozesse letztlich noch zu kleinteilig. Die Erhebung analytisch relevanter Konfigurationen von Argumentationen ist das wesentliche Desiderat jeder Diskursanalyse. Laclau und Mouffe interessieren sich in der Tradition Gramscis auch eher für „camps“ bzw. „hegemoniale Projekte“ bzw. „Formationen“ im politischen „war of position“ (Laclau/Mouffe 1985: 136-7). Ihnen zufolge streben Gruppen von Akteuren nach der Errichtung bzw. dem Erhalt einer Hegemonie ihrer Deutungen und bilden in diesem Sinne ein „ensemble of empirical given agents“ (Laclau/Mouffe 1985: 143). Diese – für poststrukturalistische Ansätze letztlich auch notwendige – Aufwertung von „agency“ ist sympathisch, nicht zuletzt, weil die darin implizierte Zielgerichtetheit politischer Deutungskämpfe die prinzipielle Anschlussfähigkeit einer Argumentationsanalyse an die Idee überindividueller Diskursstrukturen bekräftigt. Die Definition „hegemonialer Projekte“ auf der Ebene politischer Akteure bzw. ihrer gemeinsamen Deutungsstrukturen markiert eine Mesoebene, die zwischen der Idee eines diskursiven Möglichkeitshorizontes und der kleinteiliger Diskursmomente (Subjektpositionen, Nodalpunkte pp.) liegt.

In diesem Sinne erinnert und verweist eine Neo-Gramscische Diskursanalyse jedoch auch an bzw. auf die einschlägige Policy-Analyse und deren Konzept der „Policy-Coalition“ (Sabatier/Jenkins-Smith 1999). Diese bezeichnet etwa bei Sabatier und Jenkins-Smith einen Kreis von Akteuren eines Politikfeldes, „die gemeinsame normative und kausale Vorstellungen haben und ihre Handlungen oft abstimmen. Jede Koalition wendet zu jedem Zeitpunkt Strategien an, deren Ziel eine oder mehrere institutionelle Innovationen sind, von denen angenommen wird, dass sie den Policy-Zielen förderlich sind“ (Sabatier 1993: 121, vgl. auch Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 120). Dabei finden entsprechende Koalitionen zunehmend auf der Ebene einer sich transnationalisierenden Zivilgesellschaft Beachtung (Keck/Sikkink 1998).

Allerdings fehlt entsprechenden Ansätzen jede Konzeption für sprachvermittelte Auseinandersetzung über Politik und ihr Begriff von Deutungsstrukturen bleibt eher einer individualistisch ansetzenden Belief-System-Forschung verpflichtet (Laffay/Weldes 1998). Zwar gibt hier Hajers „argumentativer Diskursansatz“ (1995) bereits begrifflich vor, diese Lücke zu schließen und in der Tat bilden diskursive Bedeutungsstrukturen auch bei Hajer das wesentliche Mittel zur Analyse von Policydebatten, in deren Verlauf einzelne *Diskurskoalitionen* eine hegemoniale Stellung etablieren bzw. ihren politischen Einfluss zementieren. So heißt es bei Hajer etwa, Diskurskoalitionen entstünden „if previously independent practices are being actively related to one another, if a common discourse is created in which several practices get a meaning in a common political project“ (Hajer 1995: 65). Leider bleibt Hajers Begriffssystem – trotz aufwendiger metatheoretischer Ausführungen und damit, wie so häufig bei Diskursanalysen, – auf einer Ebene weniger Globalkonzepte (Diskurskoalition, „story line“) stehen und die empirische Analyse von den vorangestellten metatheoretischen Ausführungen weitgehend unberührt.

Ich schlage nun vor, ein zu Advokativ- bzw. Diskurskoalitionen analoges Konzept „argumentativer Koalitionen“ auf der Ebene sprachlicher Manifestation von Diskursmomenten bzw. -partitionen anzusiedeln. Die „aktive Verknüpfung von Praktiken“ bei Hajer lässt sich dabei über den Begriff der Argumentation präzisieren. *Argumentative Koalitionen definiere ich als argumentativ integrierte Sets von Präferenzen und Gründen, die einem Kreis von*

Sprechern in einer Debatte zugerechnet werden können. Die charakteristische Verknüpfung bestimmter Argumentationen stellt dabei die Strategie – und sofern erfolgreich auch ein Ergebnis – dar, mit denen Advokativkoalitionen auf politische Deutungskonflikte und Entscheidungen Einfluss nehmen (vgl. auch Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 120). Hierdurch gewinnt das Konzept der „Koalition“ erheblich an analytischer Präzision, weil mit einem theoretisch fundierten (und auch methodisch zu operationalisierenden) Begriff von „Argumentation“ gearbeitet werden kann.⁹

Den vertretenen Präferenzen kommt in diesem Zusammenhang Priorität bei der Charakterisierung alternativer Koalitionen zu; sie sind in diesem Sinn zuerst Advokativ- d.h. „Präferenzkoalitionen“. Die von Koalitionen eingeführten Gründe können verschiedene – fachspezifische oder auch im weiteren Sinne gesellschaftliche – Diskurse reproduzieren. Argumentative Koalitionen als Präferenzkoalitionen zerfallen also ggf. in ein Reihe von grüdespezifischen Partitionen, die ich der Einfachheit halber „Gründekoalitionen“ nenne¹⁰. Hier führt die von Habermas übernommene Differenzierung relevanter Gründe die Diskussion zurück auf Sabatiers Kriterium „gemeinsamer normativer und kausaler Vorstellungen“, das hier argumentationslogisch gewendet und in das Kriterium „gemeinsamer normativer und kausaler Gründe“ übersetzt wird. Inwiefern argumentative Koalitionen tatsächlich ein einheitliches Set von Gründen einführen (also Gründekoalitionen sind) ist allerdings eine empirische Frage. Der Advocacy-Coalition-Ansatz formuliert diesbezüglich die mehr oder weniger klare Hypothese, dass die Stabilität von Koalitionen auf einem Konsens hinsichtlich normativer und kausaler Deutungen beruht (vgl. auch Schlager 1995).

2.3 Die Kombination qualitativer und quantitativer Textanalyse

Zentraler Untersuchungsgegenstand der Analyse ist die argumentative Integration einzelner Deutungen in Form von mehr oder weniger komplexen Argumentationen und Koalitionen. Methodisch verweist ein solches Unterfangen zunächst auf die qualitative Inhaltsanalyse, deren Ziel die Rekonstruktion einzelner Deutungen und Argumentationsgänge darstellt. Im Falle der deutschen Osterweiterungsdebatte bilden entsprechende empirische Begründungen verschiedener politischer Positionen zur Erweiterung der Europäischen Union den wesentlichen Ausgangspunkt der Analyse. Für die empirische Analyse konzentrierte sich die Suche nach entsprechenden Stellungnahmen auf ein kleines Set überregionaler „Qualitätszeitungen“ und Bundestagsdebatten. Sie erscheinen nicht nur theoretisch relevant, sondern sind auch – etwa über CD-ROM, Microfiche bzw. das Online-Archiv des Deutschen Bundestages DIP – zugänglich. Der Anspruch bestand darin, tatsächlich alle Kommentare und Plenarbeiträge mit Erweiterungsbezug zu recherchieren. Der durch Stichwortsuche identifizierte Textkorpus ist dabei mit rund 500 Dokumenten bzw. rund 900 komplexen Argumentationen hinreichend groß, um die *qualitative* Betrachtung durch *quantitative* Analysen zu ergänzen.

„Qualitatives“ Explizieren von Textsinn: Hierfür greife ich wiederum auf Habermas' Begrifflichkeit von Argumentation und Geltungsgründen zurück, die allerdings der empirischen Re-

⁹ Einen Teil des analytischen Mehrwertes verspricht das Koalitionskonzept dabei durch die Möglichkeit, Ergebnisse (und Hypothesen) der Policyforschung mit einzubeziehen und eigene Ergebnisse an die umfangreiche Forschung zu Advocacy-Koalitionen anzuschließen.

¹⁰ ... erst dies sind streng genommen „Diskurskoalitionen“ im Sinne Hajers.

alität politischen Sprechens angepasst werden müssen. Dieses Vorgehen kann in direktem Rekurs auf Habermas gerechtfertigt werden, denn er selbst empfiehlt ausdrücklich, die „starken Idealisierungen, denen sich der Begriff des kommunikativen Handelns verdankt, kontrolliert rückgängig zu machen“ (Habermas 1981, I: 441). Sie besteht im Wesentlichen darin, dass die transportierte Bedeutung schon bei Habermas explizit von der Bedingung „vollständiger und wörtlicher Repräsentation“ in einzelnen Äußerungen gelöst wird (Habermas 1981, I: 443). Dies rechtfertigt Habermas durch die Annahme – die allerdings nicht als solche, sondern als bloßer Hinweis daherkommt –, dass es sich bei Gesprochenem eigentlich stets um *Verkürzungen* handelt und folglich durch Ergänzung impliziter Anteile *Argumentationen in ihrer Standardform rekonstruiert werden können* (Habermas 1981, I: 441-442).

Dieses Zugeständnis ist wesentlich, denn streng genommen setzt Habermas seine Analyse von Kommunikationsprozessen erst auf einer relativ hohen Stufe von Reflexivität an; im Gegensatz zur „kommunikativen Alltagspraxis“ unterscheidet und konzentriert sich Habermas nämlich auf Argumentationen als einen „Typus von Rede, in dem die Teilnehmer strittige Geltungsansprüche thematisieren und versuchen, diese mit Argumenten einzulösen oder zu kritisieren“ (Habermas 1981, I: 39). Diese Einschränkung wird nun von mir relativiert, sofern politisches Sprechen im weiteren Sinne als *Argumentieren zugunsten oder entgegen einer politischen Entscheidung* aufgefasst werden kann. Die Rekonstruktion lediglich implizierter Bedeutungsgehalte lässt sich dabei zum einen im Rekurs auf ein soziolinguistisches Modell der Textrezeption plausibilisieren, wie es für diese Zwecke bereits Mayring (1993: 38-41, vgl. etwa van Dijk 1980) zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen macht. Textanalyse vollzieht sich demgemäß stets als eine Kombination aus text- und wissensgeleiteten Verstehensprozessen, wobei nun genau die Ergänzung von Leerstellen durch das Vorwissen des Interpreten das ausmacht, was gemeinhin unter „Implizitem“ gefasst wird.

Das Ziel der empirischen Textanalyse besteht in diesem ersten Schritt in der Explikation empirischer Lesarten, als Hypothesen über den diskursiven Gehalt einzelner sprachlicher Ausdrücke. Im zweiten Schritt sind die identifizierten Lesarten schließlich zu systematisieren. Dies vollzieht sich praktisch als Konstruktionsprozess von Typisierungen empirischer Lesarten, die als System sich gegenseitig ausschließender Kategorien ausgearbeitet werden. Aufgrund des sich entwickelnden Schemas können Passagen vorgefundener Texte schließlich durch „Kodieren“ einzelnen Kategorien nur noch zugeordnet werden oder aber zur Erweiterung bzw. Konkretisierung des vorhandenen Kategoriensystems dienen. Das Resultat bietet letztlich eine „dichte Beschreibung“ (Geertz 1995) des Sprachgeschehens durch ein ganzes Netz empirischer Lesarten, also Relationen einzelner Textpassagen mit dem Kategoriensystem als deren Typologie. Die Explikation und Systematisierung argumentativer Textmerkmale gemäß ihnen zugeschriebenen Textsinns ist zum einen ein deduktiver Prozess, bei dem der Forscher eigene Deutungen und Deutungsstrukturen in den atomisiert erhobenen Textmerkmalen wiederzuerkennen glaubt, und bleibt somit der Logik hermeneutischen Verstehens in einem dezidiert „qualitativen“ Modus verpflichtet.

„Quantitatives“ Aufdecken von Verschiebungen und Integrationsprozessen: Bei der „dichten Beschreibung“ des Sprachgeschehens ergeben sich allerdings – zumindest bei der Analyse

größerer Textkorpora und entsprechender Mengen an Textmerkmalen – intellektuelle Kapazitätsprobleme, die eine Verifizierung einfachster Aussagen etwa zur relativen Bedeutung einzelner Deutungen erheblich erschweren. Hier kann eine Quantifizierung von absoluten oder relativen Häufigkeiten bereits wesentlich helfen, den Überblick zu bewahren. Ein quantitativer Überblick über die erhobenen Textmerkmale ist aber nur der erste Schritt, denn *das eigentliche Desiderat einer Diskursanalyse ist weniger die Beschreibung atomistisch erhobener Deutungen, sondern deren Integration zu komplexen Strukturen*. Dies geschieht in einem ersten Schritt durch die Kodierung von Argumentationen, die eine wesentliche Stufe „*argumentativer Integration*“ markieren. Geht man einen Schritt weiter, lassen sich komplette Texte als unmittelbarer Kontext von gefundenen Argumentationen daraufhin prüfen, inwieweit sie Manifestationen generischer Argumentationsstrukturen enthalten; dieser Logik lässt sich schließlich über ganze Textmengen folgen, die etwa aufgrund eines gemeinsamen „Themas“ eine „Debatte“ konstituieren.

Zur Operationalisierung dieses Kriteriums „*argumentativer Integration*“ lassen sich nun nicht nur syntaktische Verschränkungen heranziehen, auf die eine hermeneutische Erschließung von „Argumentationen“ im Sinne Toulmins letztlich immer angewiesen ist. Über die einzelne Passage hinaus sind entsprechende Verweise rar und schwer zu überschauen. Ich schlage daher vor, auch auf einschlägige Korrelations- bzw. Ähnlichkeitsmaße der Statistikkliteratur zurückzugreifen (Batagelj/Bren 1993), um das gemeinsame Auftreten bestimmter Textmerkmale zu erfassen. Die Auswahl eines bestimmten Ähnlichkeitsmaßes ist dabei keineswegs trivial und verdient einige Aufmerksamkeit bei der (auch) quantifizierenden Analyse (s. Anhang). Entsprechend geht es im folgenden Anwendungsbeispiel nicht nur darum, den definierten Textkorpus zur deutschen Osterweiterungsdebatte qualitativ zu erschließen und dabei die charakteristischen Verknüpfungen von bestimmten politischen Positionen mit spezifischen Gründen herauszuarbeiten. Gerade bei der Bestimmung wesentlicher argumentativer Koalitionen bzw. deren Wandel über die Zeit soll gezeigt werden, dass die quantitative Analyse von Argumentationen einen besonderen Mehrwert erbringt – der allerdings, soviel sei einschränkend vorausgeschickt, nur im Kontext einer ausführlichen qualitativen Analyse wirklich zum Verständnis beitragen kann.

3. Die Erweiterungsdebatte: Von der JA- zur JA, ABER-Koalition

Der analytische Mehrwert des vorgeschlagenen Analyserasters lässt sich am Beispiel der deutschen Osterweiterungsdebatte belegen, in deren Verlauf es den Kritikern einer schnellen Erweiterung gelang, ihre Bedenken zum festen Bestandteil eines umfassenden, gleichwohl schließlich nur noch bedingten Erweiterungskonsenses werden zu lassen. Die Osterweiterung der Europäischen Union¹¹ erscheint Rednern und Kommentatoren dabei begründungsbedürftig und motiviert sie zu Stellungnahmen, deren Kern eine mehr oder weniger explizit formulierte Präferenz für das Erweiterungsprojekt bzw. seiner Teile bildet. Aller-

¹¹ Der einschlägigen Konvention gemäß verwende ich den Begriff der „Europäischen Union“, sofern sich die Aussagen auch oder ausschließlich auf den Integrationsprozess nach November 1993 als dem Inkrafttreten des Unionsvertrags beziehen. Nur für Aussagen, die sich ausschließlich auf die Zeit davor beziehen, spreche ich von der „Europäischen Gemeinschaft“.

dings stehen sich in der Erweiterungsdebatte auf einer sehr generalisierten Ebene zwei Typen von Argumentationen gegenüber: jene die eine Erweiterung im Sinne eines „JA“ (bedingungslos) befürworten, gegen andere, die eine (mindestens implizit mitgesprochene) Erweiterungspräferenz im Sinne eines „ABER“ einschränken. Die zunehmende argumentative Integration von Bedingungen in einen allgemeinen Erweiterungskonsens stellt dabei ein wesentliches Charakteristikum der deutschen Erweiterungsdebatte dar, auf das sich die folgende Analyse konzentriert.

3.1 Das frühe JA zu Annäherung und Erweiterung

Der Beginn einer deutschen Osterweiterungsdebatte fällt in den Herbst 1989. Die Unsicherheit über das tatsächlich Mögliche angesichts einer sich rasch und unverhofft wandelnden Umwelt drückt sich noch in den Reden anlässlich des 50. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen (11/154 1.9.89) in der Tatsache aus, dass das von Gorbatschow aufgegriffene Wort Adenauers vom „gemeinsamen Haus Europa“ – mehr als emphatisches Bekenntnis denn als politisch konturierte Idee – alle Hoffnung auf eine Neuordnung ausdrücken muss (und kann). Es bleibt dabei unverkennbar, dass zu diesem Zeitpunkt jede Aussicht auf einen politischen Wandel in Osteuropa stets unter dem Blickpunkt des deutsch-deutschen Verhältnisses steht und ein „ungeteiltes Europa“ vor allem Hoffnungen auf ein „ungeteiltes Deutschland“ transportiert (etwa Kohl 11/154: 11629). Das Aufbrechen des sowjetischen Hegemonialsystems verspricht hier jedoch bereits gleichermaßen die „Spaltung Deutschlands und Europas“ (Kohl 11/154: 11638) zu überwinden – ein Europa allerdings, das vielfach wieder explizit als „das Europa von Portugal bis Polen“ (Dregger 11/154: 11639) definiert wird, und zu dem „Warschau, Prag und Budapest“ ebenso gehören wie „Paris, London, Rom oder Berlin“ (Kohl 11/210: 16472). Bereits nach der Polenreise des Bundeskanzlers vom 9. - 14.11.89 (11/176 16.11.89), wird diese Vision im parlamentarischen Raum als konkrete Teilnahme am bereits erreichten bzw. angestrebten Stand des europäischen Integrationsprozesses spezifiziert – als „unterschiedliche Formen von Assoziierungen bis hin zu neuen Mitgliedschaften“ (Brandt 11/176: 13337) oder zumindest als „Perspektive für die Aufnahme“ zur Europäischen Gemeinschaft (Rühe 11/176: 13360, Kohl 13/5: 85).

Auf dem G7-Gipfel im Juli 1989 in Paris wächst der EG diesbezüglich ein erstes wichtiges politisches Instrument zu: die Koordination *finanzieller Hilfen* aus Mitteln der G24-Staaten. Dies geschieht unter anderem im Rahmen des Programms PHARE (zusammenfassend Rupp 1999: 102-4). Vor allem im Hinblick auf die Diskussion von PHARE bleiben Hilfen bis weit in die 90er Jahre aktuell und integraler Bestandteil sowohl der deutschen Auseinandersetzung um eine Osterweiterung als auch einer sich ausformenden Heranführungsstrategie der Europäischen Union. Ein weiterer Schritt von seiten der Europäischen Gemeinschaft sind die unter dem Titel „*Europa-Abkommen*“ (EA) laufende Assoziierung zunächst Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens und der Slowakei (Lippert 1992: 384-5, Gower 1993: 290-3, Sedelmeier/Wallace 1996: 366-72).¹² Im Rahmen der deutschen De-

¹² Die EA gehen in ihrem Inhalt weit über die bereits abgeschlossenen Handels- und Wirtschaftsabkommen, die lediglich die Meistbegünstigung vorsehen, hinaus und umfassen neben der asymmetrischen Öffnung der Gemeinschaftsgrenzen für Industrieprodukte auch Freizügigkeit, kulturelle Kooperation sowie die Institutionalisierung eines „politischen Dialogs“. Auch sichern die assoziierenden Staaten – als eine Vorbedingung für die Integration in den gemeinsamen Binnenmarkt – die Anpassung ihrer Gesetze an das Gemeinschaftsrecht zu.

batte trifft die Assoziierungspolitik vom Ansatz her wiederum auf breite Zustimmung. Alle Sprecher, soweit sie sich hierzu äußern, unterstützen die Idee einer asymmetrischen Anbindung der Reformstaaten an den Binnenmarkt und verstehen dies im Wesentlichen als Mittel der Stabilisierung der dortigen Verhältnisse.

Doch finden sich auch immer wieder kritische Anmerkungen, die Gemeinschaft beschränke für die Transformationsgesellschaften nach wie vor den Zugang zu wesentlichen Exportgütern wie Stahl, Textilien und landwirtschaftlichen Produkten, um die eigene Wirtschaft zu schützen (etwa Hort FAZ 12.5.93) – ein Umstand, der die Verhandlungen selbst wie auch die Beziehungen in der Folgezeit belastet (Gower 1993: 291, Lippert 1993: 241-2). Diese Kritik setzt sich bis in die späten 1990er Jahre fort, da auch die späteren Bemühungen um eine verstärkte Binnenmarktintegration im Rahmen einer sich ausdifferenzierenden „Vor-Beitrittsstrategie“ immer wieder mit den Partikularinteressen einzelner Branchen oder Interessengruppen zu tun haben (kritisch Frankenberger FAZ 30.5.97, Hort FAZ 9.4.1998). Insbesondere die Freizügigkeit von Arbeitnehmern wird hier schließlich zum Thema, etwa im Konflikt um das vom Zentralverband des Deutschen Baugewerbes durchgesetzte „Entsendegesetz“ (kritisch Hohenthal FAZ 1.7.98). Zwar wird das Mittel der Assoziierung nach gängiger Lesart von Seiten der EG auch ergriffen, um die Ansprüche der Transformationsstaaten auf einem Niveau unterhalb einer formellen Mitgliedschaft zu befriedigen (Gower 1993: 289-96). Die Assoziierung erhält jedoch gerade in der deutschen Debatte immer wieder einen expliziten Bezug auf das mittelbare Ziel einer Integration in die Gemeinschaft – eine Interpretation, die sich schließlich auch auf deutschen Druck in einer entsprechend formulierten Präambel niederschlägt (vgl. Gower 1993: 292, Sedelmeier/Wallace 1996: 370).

Die verschiedenen „Annäherungspolitiken“ werden dabei zunehmend als Teil einer umfassenden Beitrittsstrategie definiert und werfen verstärkt die Frage nach dem konkreten Beitrittsprozess auf, mit dem eine Osterweiterung letztlich verhandelt und vollzogen werden soll. Die Kommission verfolgt im Rahmen ihrer offiziellen Erweiterungspolitik einen Kurs der langsamen Annäherung, verbleibt dabei aber lange auf der Ebene unverbindlicher Vorschläge, ohne mögliche Schritte oder Beitrittsszenarien der EU selbst auch nur zu thematisieren (Europäische Kommission 1995: 1.5).¹³ Entsprechend dringen immer wieder Sprecher der deutschen Debatte auf eine offizielle Zusage der Europäischen Union (etwa Wiczorek-Zeul 13/77: 3549, Pfennig 13/77: 6749, Frankenberger FAZ 30.5.95, Ludwig FAZ 11.7.95). Anlässlich der feierlichen Unterzeichnung des „Paktes über Stabilität in Europa“ in Paris bemerkt etwa Andreas Zumach in der TAZ kritisch, die EU werde nicht beliebig „so weitermachen“ können, sonst verdichte sich der Eindruck „daß Veranstaltungen wie die Pariser Konferenz vor allem die Funktion haben, eine EU-Ausweitung nach Osten weiter zu verschieben“ (Zumach TAZ 22.3.95). Andere warnen die EU im selben Sinne davor, „in Abwehr zu verharren“ (Frankenberger FAZ 30.5.95). Auch der Bundeskanzler spricht im nationalen wie euro-

¹³ Auf dem Gipfel des Europäischen Rates von Kopenhagen im Juni 1993 wird zunächst eine beschleunigte Öffnung des Binnenmarktes für die MOE-Staaten beschlossen. Der Gipfel von *Korfu* im Juni 1994 weist die Kommission darüber hinaus an, konkrete Vorschläge für eine weitere Implementierung der EA und Annäherung der MOE-Volkswirtschaften an den Binnenmarkt zu unterbreiten; dieser Aufforderung kommt die Kommission aber mit Überlegungen zu einer Heranführungsstrategie (*pre-accession-strategy*) nur bedingt nach. Das 1995 vorgelegte *Weißbuch* formuliert immerhin Überlegungen, wie die mittel- und osteuropäischen Beitrittsökonomien durch die Übernahme von Rechtsvorschriften und Institutionen „integrationsfähig“ gemacht werden könnten.

päischen Rahmen wie dem Europäischen Rat von Madrid im Dezember 1995 von seiner Erwartung, „um das Jahr 2000 herum“ seien erste Beitritte realistisch und sinnvoll (13/77: 6765) und setzt sich für die Benennung Polens, Ungarns und Tschechiens als sichere Kandidaten einer ersten Erweiterungsrunde ein (Friis 1998: 64). Der Kreis protegierter Kandidaten ist dabei typisch für die deutsche Debatte insgesamt, die vor allem die direkten Nachbarn im Blick behält, dem die anderen Aspiranten aber über lange Zeit aus dem Gesichtsfeld bleiben (vgl. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001). So enthält die von der Kommission Mitte Juli 1997 vorgelegte „Agenda 2000“ bereits eine Empfehlung, den Beitrittsprozess nicht nur mit Polen, Tschechien, Ungarn sondern auch Slowenien und Estland plus Zypern („5+1“) einzuleiten. Demgegenüber sieht das „*Startlinien-*“ oder „*Regattamodell*“, das Schweden und Dänemark bis zuletzt favorisierten, sogar eine Eröffnung des Beitrittsprozesses mit allen zehn Beitrittsaspiranten vor, mit denen Europaabkommen bestehen („MOE-10“).¹⁴

Trotz anhaltender Kritik an den Kommissionsvorschlägen (und entsprechend eines im Rat erzielten Konsenses) empfiehlt der Bundestag diesbezüglich die Aufnahme „konkreter Verhandlungen“ nach der „5+1“-Formel, votiert jedoch dafür „alle Beitrittskandidaten von Anfang an in den Prozeß“ (Deutscher Bundestag: Drucksache 13/9418) einzubinden.¹⁵ Die deutsche Debatte in Parlament und Qualitätszeitungen fordert allerdings fast einhellig streng individuelle Verhandlungen um den Beitritt jener „Länder, die am weitesten entwickelt sind“ (Seiters 13/210: 19119) sicherzustellen: Polen, Ungarn und die Tschechische Republik, auf die sich die deutsche Debatte von Anfang an konzentriert.¹⁶ Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist die Präferenz für einen kleinen Kandidatenkreis kaum mehr als Ausdruck eines geographischen Tunnelblicks zu verstehen, dem die anderen Beitrittsgesuche schlicht entgehen. Vielmehr zeigt sich, dass es den Kritikern einer schnellen und umfassenden Osterweiterung zunehmend gelingt, ihre Bedenken in Form von Ausschlusskriterien in den deutschen Osterweiterungskonsens zu integrieren – ein Erfolg, ohne den sich die Unterstützung für die entsprechende deutsche Regierungspolitik in der Osterweiterungsfrage nicht verstehen lässt.

3.2 Das ABER der Kriterien, Reformen und Übergangsfristen

Dem mehr oder wenig euphorisch vorgetragenen „JA“ zu einer Annäherung bzw. Integration mittel- und osteuropäischer „Transformationsgesellschaften“ in die EU treten dabei im Laufe der Debatte verstärkt die *Bedingungen einer Annäherungs- bzw. Erweiterungspolitik* hinzu. Dies geschieht zum einen in Gestalt relevanter *Kriterien* hinsichtlich der Beitrittsreife der Kandidaten, zum anderen im Argument einer notwendigen *Reform* von Entscheidungsverfahren und verschiedener Unionspolitiken. Entsprechende Statements transportieren ar-

¹⁴ Erst im späteren Verlauf der Verhandlungen soll sich herausstellen, wer zu welchem Zeitpunkt in der Lage ist beizutreten. Da zu diesem Zeitpunkt bereits die Stellungnahmen zu den Reformfortschritten der Kommission vorliegen, implizieren alternative Modelle gleichzeitig bestimmte Nominierungen, was der Diskussion um Verfahren einen „doppelten Boden“ verleiht.

¹⁵ Lediglich Bündnis 90/Die Grünen favorisieren bis zum Schluss die Aufnahme von Verhandlungen mit allen Beitrittsaspiranten.

¹⁶ Der schließlich in Luxemburg erzielte Kompromiss kommt ihnen – bzw. den auf europäischer Ebene relevanten Protagonisten Schweden und Dänemark – insofern entgegen, als der Beitrittsprozess im März 1998 letztlich mit allen 10 ost- und mitteleuropäischen Kandidaten formal eröffnet wird, die konkreten Verhandlungen aber zunächst nur mit jenen bereits von der Kommission favorisierten Kandidaten geführt werden.

gumentationslogisch gewendet *bedingte Erweiterungspräferenzen*, d.h. sie modifizieren eine implizit mitgesprochene Aussage zugunsten einer bestimmten Erweiterungspolitik, indem sie Voraussetzungen formulieren.

Die wesentliche Grundlage aller Beitrittsanträge bildet der Artikel O (alt) bzw. 49 (neu) des Vertrages über die Europäische Union (EUV). Dort heißt es: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden“ (EUV Artikel O). Der Artikel formuliert damit die erste, wesentliche und gleichzeitig vom Beitrittsaspiranten selbst nur schwer zu beeinflussende Bedingung einer Erweiterung: die westeuropäische Definition von Europa als einer geographischen wie kulturell definierten Region. Zumindest geographisch geht es dabei um „den ganzen Kontinent“, für den und mit dem der europäische Integrationsprozess vollzogen werden soll (etwa Christian Schmidt 12/50: 4078, Koydl SZ 10.6.94). Dass dennoch Staaten wie Russland, die Ukraine oder etwa Kroatien im Konsens nicht zum Kreis der Kandidaten gezählt werden, liegt vor allem an ihren Reformdefiziten. Immer wieder werden die „notwendigen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen“ (Kohl 13/5: 46) betont, wenn auch meist unspezifisch. Auf dem Gipfel des Europäischen Rates von Kopenhagen im Juni 1993 formuliert die Europäische Union zum ersten Mal konkrete Kriterien für einen Beitritt, die die wesentliche Messlatte aller zukünftigen Beitrittsbemühungen und -verfahren abgeben: (1) die Stabilität demokratischer Institutionen, (2) eine funktionierende und konkurrenzfähige Marktwirtschaft sowie (3) die Fähigkeit zur Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes (*acquis communautaire*) und – oft vergessen – (4) die Bereitschaft, die integrationspolitischen Ziele von politischer Union bzw. WWU zu unterstützen (Europäischer Rat 1993, vgl. auch Grabbe 2002). Auch beim Zustandekommen des Kopenhagener Kompromisses ist, so merken etwa Sedelmeier/Wallace (1996: 375) an, die deutsche Regierung eine treibende Kraft. Vor dem Hintergrund der deutschen Osterweiterungsdebatte ist dies unmittelbar einsichtig. Viele Sprecher stellen ihre Präferenzen für eine Erweiterung bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt unter bestimmte Bedingungen, vor allem die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Beitrittskandidaten, und halten dafür ‚die Zeit‘ noch lange ‚nicht für reif‘ (etwa Hort FAZ 20.1.90). Der Verweis auf Beitrittskriterien schränkt dabei zwar den Bereich unterstützter Erweiterungen auf solche Kandidaten ein, die die jeweiligen Standards erfüllen; gleichzeitig erkennen Sprecher damit jedoch auch die Legitimität einer Erweiterung grundsätzlich an.

„*Demokratie*“ im weiteren Sinne, d.h. einschließlich ihrer verschiedenen notwendigen Bedingungen wie Achtung der Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit, ist hierbei das primäre Kriterium, das an die Beitrittskandidaten gestellt wird. Es gründet sich vielfach erkennbar auf die Vorstellung einer demokratischen Wertegemeinschaft (etwa Irmer 13/184: 16630) und erscheint entsprechend als Ausdruck einer „europäischen Identität“, die die Offenheit gegenüber europäischen Demokratien normativ begründet (Pfennig 13/44: 3561, vgl. auch Fierke/Wiener 1999). Im Rahmen der deutschen Osterweiterungsdebatte ist auch die Bedeutung des Demokratie Kriteriums Konsens. Regierungsvertreter, Opposition und Publizistik problematisieren fallweise die Auslegung, niemals jedoch die Gültigkeit dieser Aufnahmebedingung. So findet etwa Erwähnung, dass die Slowakei gemäß verschiedenen Einschätzungen der Kommission mit Defiziten zu kämpfen hat (etwa Irmer 13/184: 16630). Auch wirft die Osterweiterung erneut die Frage nach dem immer wieder aktualisierten Kandidatenstatus der Türkei auf (etwa Müller 13/210: 16124, Koydl SZ 14.2.97). Schließlich versuchen Vertreter der Vertriebenenverbände wiederholt die Entschädigungsfrage und Niederlassungs-

freiheit für deutsche Vertriebene mit dem Kopenhagener Beitrittskriterium „Demokratie“ diskursiv zu verknüpfen, denn „so wollen es die Normen der EU“ (Reißmüller FAZ 4.7.98).¹⁷

Angesichts der „katastrophalen Folgen von 40 Jahren sozialistischer Zwangswirtschaft“ (Irmer 12/39: 3266) liegt die nach allgemeiner Einschätzung allerdings schwerer zu nehmende Hürde einer Mitgliedschaft in der geforderten *wirtschaftlichen Prosperität*. Auch wenn die Transformationserfolge immer wieder Erwähnung finden – und manche sogar „zwischen Warschau, Danzig und Berlin“ ein „neues wirtschaftliches Kraftzentrum“ (Oldag SZ 17.7.97) Europas im Entstehen sehen – bleiben die Zweifel an der Integrationsreife der Aspiranten bis Ende der 1990er Jahre ein Thema, sofern die Sprecher die Bedeutung der wirtschaftlichen Kriterien ständig argumentativ aktualisieren. Das Wohlstandsgefälle lässt demgemäß „Dauer und Kosten des Aufholprozesses“ erahnen und eine Erweiterung in näherer Zukunft zur „Zerreißprobe“ für die EU werden (etwa Stabenow SZ 17.7.97).

Bereits Teil der ersten Diskussionen über eine zukünftige Erweiterung sind schließlich auch Einwände, in ihrer derzeitigen Form sei die Europäische Gemeinschaft gar nicht in der Lage, weitere Mitglieder aufzunehmen, denn „[n]ur mit festem Halt unter den Füßen läßt sich nach und nach ein größeres Europa bauen“ (Hort FAZ 25.10.89); die EU müsse, so lautet das immer wieder gehörte Argument, erst „für die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten fit gemacht werden“ (Waigel 13/44: 3557). Diese Meinung bleibt keinesfalls unwidersprochen, denn andere sind durchaus der Ansicht, sie sei „gefestigt genug, ihre Tore für Neuankömmlinge zu öffnen“ (etwa Lambsdorff 11/176: 13351). Diese Kontroverse fokussiert dabei im Wesentlichen zwei Bereiche der Europäischen Union, deren Reformen als Erweiterungsbedingungen die Debatte bestimmten: die institutionelle Seite der Entscheidungsverfahren und die Unionspolitiken der Agrar- und Strukturhilfen (vgl. auch de Witte 2002).

Die Frage „Vertiefung oder/und Erweiterung?“ wird bereits im Kontext der Regierungskonferenzen 1990/1991, also im Vorfeld des Maastricht-Vertrages und der anschließenden Ratifizierungsdebatten im Bundestag (12/110, 12/126, vgl. auch 12/189) zum Thema. Bei verschiedenen Gelegenheiten, wie etwa dem Gipfel des Europäischen Rates in Kopenhagen 1993 und in Dublin 1996, wird auch offiziell bekräftigt, dass ohne eine weitere Reform die Osterweiterung nicht möglich wäre. In der deutschen Debatte geht es solchermaßen vor allem um eine Effizienzsteigerung des Entscheidungsprozesses durch mehr *Mehrheitsentscheidungen im Rat* der Europäischen Union und *Verkleinerung der Kommission* sowie eine *Stärkung des Kommissionspräsidenten*. Auch die Demokratisierung der politischen Union durch Subsidiaritätsprinzip, Transparenz der Verfahren und etwa eine stärkere Berücksichtigung nationaler Parlamente spielen im Kontext der Osterweiterung eine Rolle.

Neben institutionellen Reformen geht es jedoch auch um die Finanzierbarkeit der Erweiterung. Bereits in seinen Schlussfolgerungen des Gipfels vom Dezember 1995 in Madrid fordert der Europäische Rat die Kommission unter anderem auf, „ihre Evaluierung der Auswirkungen der Erweiterung auf die Gemeinschaftspolitiken, insbesondere was die Agrarpolitik

¹⁷ So versuchen etwa deren Vorsitzende Erika Steinbach und der Bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber im Laufe des Bundestagswahlkampfes 1998 wiederholt entsprechende Forderungen in die Erweiterungsdebatte einzubringen; eine entsprechende Erklärung des deutschen Bundestages führt im so genannten „Krieg der Resolutionen“ für anhaltende Irritationen zwischen Deutschland und Polen (Mildenberger 2001).

und die Strukturpolitiken anbelangt, zu vertiefen“ (Europäischer Rat 1995). Die Kommission kommt dieser Aufforderung Mitte Juli 1997 mit der „Agenda 2000“ nach (Becker 2000). Im Kontext der deutschen Erweiterungsdebatte tauchen diese Reformen und Finanzierungsvorgaben ab dem Jahre 1994 auf und sind ihr gegebenenfalls wiederum als Ausdruck *bedingter Beitrittspräferenzen* zuzurechnen. Generell herrscht breite Zustimmung, dass die finanziellen Risiken einer Erweiterung beträchtlich sind (zusammenfassend Weise 2002). Auch die Bundesregierung unterstützt diesbezüglich die Finanzierung der Erweiterung im Rahmen der bestehenden Eigenmittelzusagen, hält sogar weitere Einsparungen durch Effizienzmaßnahmen und Haushaltsdisziplin für möglich und fordert – im Konsens mit den wesentlichen Protagonisten der „Nettozahler“-Debatte aus CDU, CSU und SPD – eine langfristige Verringerung des relativen Anteils deutscher Zahlungen an die EU (etwa Waigel 13/247: 22206-7).

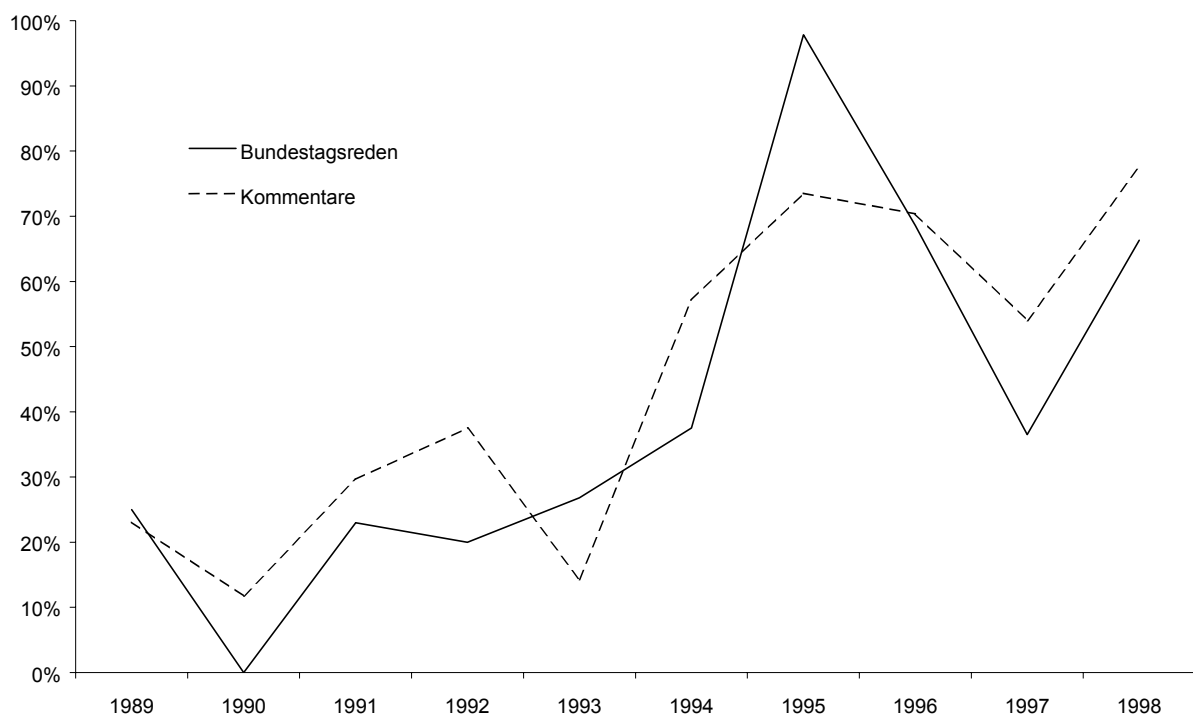
Die kontroverse Diskussion um Finanzierungsprobleme setzt entsprechend an der Ausgabeite an, vor allem der Subventionspolitik im *Agrarbereich* (deutlich seltener mit Blick auf Struktur- bzw. Kohäsionsfonds, vgl. Oldag SZ 9.3.98). „Wer dieses Monster nicht schlachten will, der sagt automatisch 'nein' zur EU-Osterweiterung“ (Joffe SZ 21.11.95). Die Agenda 2000 empfiehlt hier die Weiterführung der Reformen von 1992, insbesondere eine Umstellung der Subventionen auf direkte Einkommensbeihilfen (vgl. auch Weise 2002: 3-5). Die öffentliche Auseinandersetzung geht selten auf konkrete Reformaspekte ein. Die europapolitische Sprecherin der SPD fordert eine „drastische Kürzung“ der Agrarsubventionen (Wieczorek-Zeul 13/77: 6748). Die Kommentatoren loben insbesondere die Reformbereitschaft des für Agrarpolitik zuständigen Kommissars Franz Fischler (etwa Münster SZ 19.3.98). Die Bundesregierung räumt anfangs grundsätzlich Handlungsbedarf ein (vgl. etwa Kinkel 13/77: 6728), ihr Bundeslandwirtschaftsminister Jürgen Borchert weist schließlich allerdings jegliches Junktim von Erweiterung und Agrarreformen explizit zurück (Borchert BT 13/170: 15405). Aus Sicht vieler Kommentatoren ist die Bundesregierung damit Fürsprecher bzw. Teil einer Blockadekoalition der „Besitzstandswahrer“ (Joffe SZ 12.3.99, Hort FAZ 1.8.97, Oldag SZ 17.6.98). Im Kontext parallel formulierter Ansprüche auf eine Verminderung deutscher Zahlungen und baldiger Osterweiterung erscheint die deutsche Position der vereinigten Opposition aus SPD, Bündnis 90/Grünen und Publizistik mindestens widersprüchlich (Verheugen BT 13/247: 23095), einigen sogar „verlogen“ (Joffe SZ 15.12.97). „Wir haben“, so räumt Rudolf Seiters im Namen der CDU/CSU-Fraktion ein, „auf diese schwierigen Probleme noch nicht alle Antworten“ (Seiters 13/222: 20250).

3.3 Die partielle Integration von JA und ABER

Entsprechend der vorgenommenen Differenzierung, stehen sich in der deutschen Erweiterungsdebatte also Argumentationen gegenüber, die zum einen eine Erweiterung im Sinne eines „JA“ (bedingungslos) befürworten, zum anderen eine (mindestens implizit mitgesprochene) Erweiterungspräferenz im Sinne eines „ABER“ einschränken. Kategorisiert man die im Laufe der hermeneutischen Textanalyse gesammelten Textverweise („Kodierungen“), lässt sich über die Jahre 1989 bis 1998 ein relativer Bedeutungszuwachs an Argumentationen feststellen, die die Bedingungen einer Erweiterung thematisieren: Erweiterung ja, aber nur nach Reformen, wenn die Kandidaten prosperieren, gegebenenfalls mit Übergangsregelungen, die die Integration „an wunden Stellen“ wenn nicht verhindern, dann doch verzögern. Trägt man das Verhältnis, mit dem entsprechende JA- und ABER-Argumentationen

formuliert werden, grafisch ab, ergibt sich ein deutlicher, wenn auch keineswegs linearer Trend (Abbildung 3.1). *Ein wesentliches Charakteristikum der Debatte liegt also in einer langfristigen Entwicklung vom „JA“ zum „ABER“ der stets virulenten, aber keineswegs dominanten Bedingungen einer Erweiterung.* Dabei markieren bereits die durch ihren Reformbezug charakterisierten Jahre 1991/1992 einen ersten „Schub“ an Argumentationen zugunsten einer eingeschränkten Erweiterungszusage – die nicht ohne Widerspruch bleibt und die Debatte in nicht unerheblichem Maße zur Kontroverse werden lässt.¹⁸ Im Zuge des Rückgangs an Intensität der Erweiterungsdebatte insgesamt, tritt das Thema schließlich sogar fast nur noch im Kontext der europäischen Reformdiskussion auf, die nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer bereits mehr oder weniger verbindlich erfolgten Festlegung der Union auf eine Erweiterung an Momentum gewinnt. Dass die langfristige Verschiebung zu einem gemischten „JA“ und „ABER“ jedoch keineswegs nur kontextbedingt ist, zeigt der weitere Verlauf deutlich. Die Jahre 1997/1998 führen den Trend insgesamt weiter und ein „ABER“ behält auch in der nunmehr wieder eher auf die Erweiterung fokussierten Debatte – wie etwa anlässlich des Luxemburg-Gipfels bzw. der Eröffnung des Beitrittsprozesses – einen prominenten und auch im Vergleich zu 1994 höheren Stellenwert.

Abbildung 3.1: ABER-Tendenz (%ABER) im Zeitverlauf



Anteil der Argumentationen mit ABER-Präferenzen (Reformbedingungen, Übergangsfristen, Kriterien) an allen Argumentationen.

¹⁸ Dieser Teil der Analyse wird hier aus Platzgründen nicht ausgeführt; es lässt sich aber nicht nur zeigen, dass bestimmte Themen mehr Widerspruch auslösen als andere – was relativ trivial wäre – sondern beispielsweise auch, dass die Regierung vor allem Präferenzen positiv definiert, auf die vor allem die Opposition negativ Bezug nimmt – im Gegensatz etwa zu den Kommentatoren, die vergleichsweise moderat argumentieren und das Sujet des „Kommentars“ deutlich weniger zur (negativen) Kritik nutzen (Ecker-Ehrhardt i.V.).

Allerdings ist die Einteilung in „JA“ und „ABER“ kaum mehr als eine erste Annäherung. Welche der vielen Vorschläge werden in der Debatte argumentativ verknüpft und in diesem Sinne als gemeinsames „Projekt“ vorgetragen und vertreten? Wie verteilen sich diese „Projekte“ im öffentlichen und durch kollektive Akteure wie Regierung, Opposition bzw. einzelnen Parteien vorstrukturierten politischen Raum? Um diese Fragen zu beantworten, wurden die gesammelten Textinformationen zunächst einer explorativen Korrelations- und Clusteranalyse mit Jaccard-Koeffizienten (vgl. Abschnitt 2.3 und Anhang) unterzogen, deren Ergebnis allerdings immer wieder „am Text“ selbst zu überprüfen war. Es zeigt sich erstens, dass die frühen *Annäherungspolitiken* (Hilfen, Binnenmarktintegration) auffallend häufig gemeinsam auftreten. Diese frühe „Annäherungskoalition“ unterstützt den Abschluss der Europaabkommen, verliert aber daraufhin – trotz anhaltender Defizite bei der effektiven Öffnung der Grenzen für Waren aus Mittel- und Osteuropa – an Bedeutung. Starke Überschneidungen gibt es mit der Formulierung einer pauschalen *Erweiterungspräferenz*, die gleichwohl als Projekt über die Europaabkommen weit hinausgeht und zunehmend die Debatte bestimmt. Die für diese Koalition typischen Argumente beziehen sich quasi von Anfang an auch auf die Notwendigkeit von Demokratie und Prosperität als die zentralen, aber keinesfalls von allen Aspiranten bereits erfüllten *Kriterien* einer Mitgliedschaft. Nahezu alle Sprecher der Debatte – von den Repräsentanten der CSU bis zu jenen der PDS, von den Kommentatoren der TAZ bis zu jenen der FAZ – legen Wert darauf, zumindest grundsätzlich sowohl für eine Annäherung, später dann für eine Erweiterung zu sein und sind daher dieser umfassenden JA-Koalition zuzurechnen.

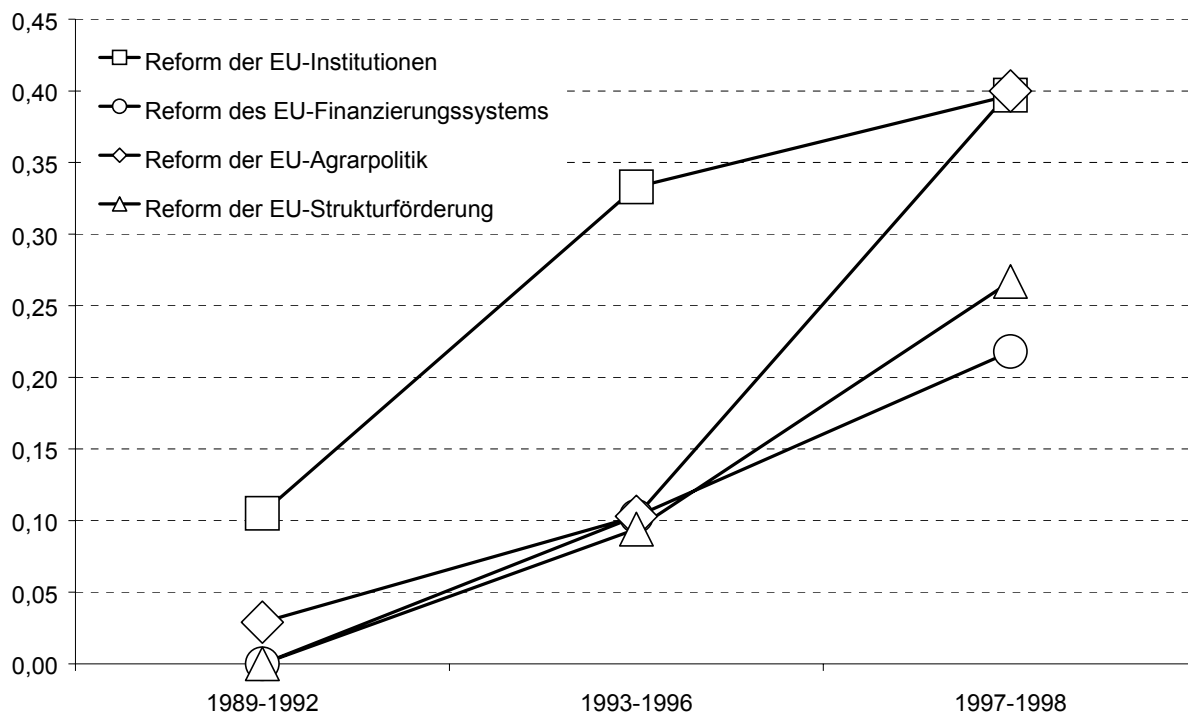
Konturen gewinnt die Debatte damit vor allem in dem unterschiedlichen Grad, mit dem sich die Sprecher für Bedingungen einsetzen, also gleichzeitig der einen oder anderen ABER-Koalition zuzurechnen sind. Häufig werden dabei die unterschiedlichen Reformen bzw. Politiken der Union als Bedingungen einer Erweiterung genannt – nicht selten in Form einer Aufzählung in ein und demselben Text. Die in diesem Zusammenhang oft geäußerte Ablehnung konkreter Terminzusagen für einer Erweiterung soll dabei augenscheinlich der Notwendigkeit von Reformen Nachdruck verleihen. Besonders die Zeitungskommentatoren treten hier als wesentliche Mahner der Erweiterungsdebatte auf, die fast ausnahmslos eine starke Erweiterungspräferenz mit der unbedingten Notwendigkeit von Reformen verknüpfen. Von dieser ABER-Koalition „Reformen“ weitgehend unabhängig laufen schließlich die Auseinandersetzung um die Entschädigungsfrage (Vertriebenendebatte) und – zumindest bis zur Bundestagswahl 1998 – jene um mögliche Übergangsfristen. Auch die Frage konkreter Beitrittsmodelle wird weitgehend separat diskutiert.

Der analytische Mehrwert einer Diskussion „argumentativer Integration“ liegt hier nun allerdings weniger in dieser statischen Perspektive. Wesentlich ist vielmehr die Möglichkeit, eine Veränderung von Koalitionen zu beobachten, die letztlich dafür spricht, dass es der einen oder anderen Seite gelingt, mit ihren Argumenten die Konturen der Debatte signifikant zu verändern. *Ein bemerkenswerter Wandel vollzieht sich im Rahmen der Osterweiterungsdebatte vor allem im Hinblick auf das gemeinsame Auftreten von pauschaler Erweiterungspräferenz und Reformbedingungen.* Wie in Abbildung 3.2 deutlich zu sehen, treten Erweiterungspräferenz und Reformbedingungen in den ersten Jahren nur selten gemeinsam auf. Dies ändert sich im Kontext der Maastrichtdebatte und der späteren Regierungskonferenz zur Vorbereitung des Amsterdamer Gipfels zuerst mit Blick auf die Forderung nach einer institutionellen Reform der EU als Bedingung für eine Erweiterung. Im Zuge der Dis-

kussion um die Agenda 2000 wird schließlich auch die dort ausgearbeitete Reform der Unionspolitiken zum festen Bestandteil jener Texte, die auch eine Erweiterung vertreten. *Das „ABER“ der Reformbedingungen nimmt in diesem Sinne nicht nur quantitativ immer breiteren Raum in der Debatte ein, es wird auch erkennbar mit dem „JA“ zur Erweiterung artikuliert und damit Teil eines hegemonialen „JA, ABER“ das nunmehr den Konsensbereich der Erweiterungsdebatte bzw. des ihr zugrunde liegenden Diskurshorizontes markiert.*

Dabei entspricht die Integration der Debatte zu einem umfassenden „JA, ABER“ schließlich keinesfalls einem „top-down“-Prozess, im Zuge dessen die Regierung einer erweiterungseuphorische Gesellschaft etwa die notwendigen Bedingungen einer Erweiterung hätte „erklären“ müssen. *Vielmehr werden die Bedingungen schon vergleichsweise früh in Kommentaren und Plenardebatten diskutiert, noch bevor sich die Regierung auch öffentlich diesen Bedingungen widmet.* Ein Blick auf den Verlauf der Debatte zeigt insbesondere, dass gerade im Falle der Reformbedingungen, die einbezogenen Zeitungskommentare die spätere Regierungspositionen „vorformulieren“. So wird die Notwendigkeit institutioneller Reformen von den Kommentatoren seit 1989 behauptet, von den Sprechern der Fraktionen der CDU, CSU, FDP und SPD immerhin bereits 1991, von der Regierung aber erst 1992 auch offiziell im gesellschaftlichen Raum vertreten. Bezüglich der Reform der Unionspolitiken ist diese zeitliche Abfolge weniger ausgeprägt, aber doch klar nachzuvollziehen. Hier sind es wiederum die Kommentatoren, die 1994 das Thema in den gesellschaftlichen Raum tragen – und in diesem Sinne als „Innovatoren“ fungieren –, während die Regierung erst ab 1995 in relevantem Umfang von einer notwendigen Reform von Agrar- und Strukturpolitiken spricht (vgl. auch Piepenschneider 2002).

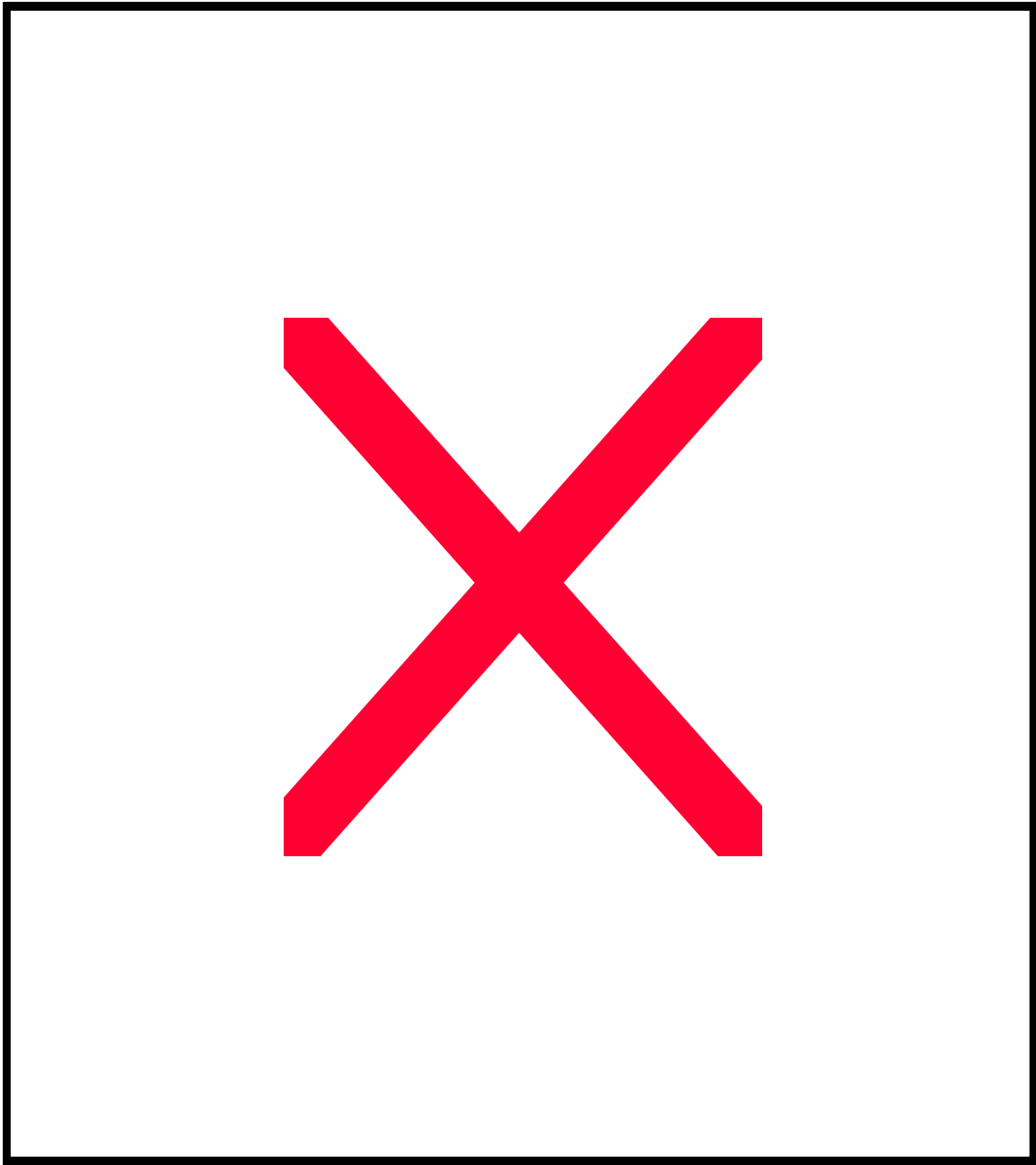
Abbildung 3.2: Argumentative Integration von Reformbedingungen mit Erweiterungspräferenz



Die Einträge sind Jaccard-Koeffizienten von Kodierungen einer vertretenen Erweiterungsbedingung mit einer pauschalen Erweiterungspräferenz auf der Basis ganzer Reden bzw. Kommentare.

Allerdings werden eben keinesfalls alle Einwände argumentativ integriert, ein Teil des erweiterungskritischen "ABER" bleibt außerhalb des hegemonialen Konsenses einer „JA, ABER“-Koalition angemahnter Reformen bzw. Demokratie und Prosperität auf Seiten der Kandidaten. Zum einen ist dies die Koalition der Vertriebenenvertreter bzw. deren Forderungen nach Entschädigungszahlungen durch die Beitrittskandidaten, die diesen zur Bedingung für einen Beitritt gemacht werden sollen. Diese Forderungen rufen heftigen Widerspruch aus den Reihen von SPD, Grünen und FDP hervor und stehen bis 1998 außerhalb eines allgemeinen Erweiterungskonsenses. Ähnliches gilt auch für Forderungen nach Übergangsfristen bei „Freizügigkeit“ und „Agrarsubventionen“, wobei sich hier die Vertretung klar konturierter Partikularinteressen in gewohnter Weise im parlamentarischen Raum verteilen. Abbildung 3.3 fasst das aus der kombinierten qualitativen und quantitativen Analyse gewonnene Tableau argumentativer Koalitionen der deutschen Erweiterungsdebatte noch einmal zusammen.

Abbildung 3.3: Argumentative Koalitionen der deutschen Erweiterungsdebatte



4. Wie konnte die Integration von JA und ABER gelingen? – Gute Gründe

Wie gelingt es, einzelnen Erweiterungspolitiken (mehr) gesellschaftliche Legitimation zuzuweisen (als anderen)? Wie ist die „Karriere“ einzelner Erweiterungspolitiken zu verstehen? Die Beantwortung dieser Frage erfordert den Blick auf die argumentativ eingebrachten Gründe, deren Resonanz im politischen Raum einzelnen Präferenzen mehr Überzeugungskraft gibt als anderen.

4.1 Normative Gründe – für's JA, aber nicht für's ABER!

Die Begründung einer Annäherung bzw. Osterweiterung erfolgt im Rahmen der deutschen Debatte vielfach durch explizite Verweise auf normative Prinzipien, die politisches Handeln etwa angesichts von „Bedürftigkeit“, „Reziprozität“ oder „Worttreue“ gebieten.¹⁹ Vollständige Begründungen ergeben sich in ihrer empirischen Form allerdings vielfach erst angesichts bestimmter historischer Narrative und Figuren von Gemeinschaftlichkeit, die politischen Akteuren Verantwortung bzw. Pflichten zuweisen. Die herangezogenen Geschichtsbezüge stellen sich alles in allem als eher komplementär denn konfliktuell aufeinander bezogen dar und weisen fast ausschließlich auf eine Pflicht Deutschlands hin, eine Erweiterung aktiv zu betreiben.

In diesem Sinne wesentliche Geschichtsbestände sind erstens „*Krieg*“ bzw. „*Faschismus*“, deren verheerende Wirkung sowohl für Europa insgesamt als auch die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften in mindestens zweierlei Hinsicht normativ von Bedeutung sind: als deutsche Schuld gebieten die damaligen Verbrechen direkte Sühne, als „Lehre aus der Geschichte“ verbietet sie aggressiv-militärisches Handeln bzw. Unilateralität und verpflichtet entsprechend zum Aufbau internationaler Institutionen.

Zweitens geht es vielfach um den „*Marshallplan*“. Im Verweis auf ihn begründen Sprecher die Idee einer deutschen Bringschuld gegenüber Mittel- und Osteuropa, sofern die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg – trotz ihrer Schuld – Hilfe (bis hin zur Westintegration) von den Alliierten empfangen haben, die es nun zu vergelten habe. In der Person George Marshalls (bzw. Harry S. Trumans) wird dieser Moment auch als Vermächtnis definiert, also als das normative Gebot, es ihm im Sinne eines ideellen Erbes gleichzutun.

Mit dem Stichwort „*Jalta*“ verweisen Sprecher drittens auf die europäische Teilung als konstitutives Merkmal jener Nachkriegsordnung, die es nun laut einhellig erzählter Geschichte

¹⁹ Entsprechende Begründungen erkenne ich im Rahmen der Erweiterungsdebatte etwa dort, wo existenzielle Bedürfnisse der Benefiziarer beklagt (Bedürftigkeitsprinzip), Dankeschulden angesprochen (prosoziale Reziprozität) und gegebene Zusagen oder Versprechen anerkannt werden (Worttreue), bzw. an das eigene Versagen in der Vergangenheit erinnert (Haftungsverantwortung), das Vermächtnis vergangener Generationen betont (Vermächtnistreue) und die verbindende Gemeinschaftlichkeit hervorgehoben wird (Solidarität). Auch grundlegende Bedingungen von Verantwortung etwa (aber nicht nur) angesichts von Bedürftigkeit, wie die Unschuld des Opfers sowie die „Pflicht der Macht“ sind zu identifizieren. Auf den Kommunikations- bzw. Entscheidungsprozess selbst verweisen schließlich Einwürfe, die metakommunikative Normen wie Wahrhaftigkeit, Gebote eines Konsenses in der Gesellschaft sowie einer kooperativ-multilateralen Außenpolitik ansprechen; vgl. auch Ecker-Ehrhardt 2002, i.V.

durch eine Osterweiterung zu überwinden gelte. Als Folge des Krieges steht „Jalta“ damit zum einen für die deutsche Schuld an dieser Nachkriegsordnung und „40 Jahre kommunistischer Zwangsherrschaft“, unter der die Beitrittsgesellschaften zu leiden hatten. Zur wesentlichen Ungerechtigkeit der Nachkriegsordnung gehört der Ausschluss Mittel- und Osteuropas von der Europäischen Integration, an dem Deutschland als Verursacher des Zweiten Weltkriegs die Schuld trägt. Zum anderen begründet „Jalta“ deren aktuelle Transformationslasten als nicht selbstverschuldet, die gegebenenfalls den Charakter einer ebenfalls Pflichten implizierenden Bedürftigkeit tragen.

Viertens wird die „Erfolgsgeschichte“ der *Europäischen Integration* zur normativen Ressource, sofern sie die Pflicht zum Multilateralismus fundiert. Hierbei geht es vielfach um eine konsequenzialistische Begründung. Gleichwohl taucht dieses Narrativ auch in stark normativ geprägten Argumentationen auf und ist daher an dieser Stelle als weiteres Narrativ zu berücksichtigen. Schließlich werden Multilateralismus und Integration durch die „Väter der europäischen Integration“ zum Vermächtnis stilisiert bzw. im Motiv der „europäischen Friedensordnung“ zum mehrfach normativ geladenen Nodalpunkt deutscher Außen- und Europapolitik verdichtet.

Fünftens wird die *Ostpolitik* der Regierung Brandt/Scheel angesichts der Erweiterung ebenfalls zum wichtigen „Vermächtnis“. Trotz der damaligen Konflikte um die Ostpolitik (vgl. Bingen 1998, Lippert 2002) wird ihre Legitimität während der Erweiterungsdebatte – zumindest in den betrachteten Debatten und Kommentaren – nicht in Zweifel gezogen. Dies „Vermächtnis“ ist also „unproblematisch“ wenn nicht sogar im Wesentlichen konsensual.

Sechstens wirken auch die „*Revolutionen von '89*“ wiederum mehrfach verpflichtend. Zum einen steht erkennbar außer Frage, dass der Zusammenbruch des autoritären DDR-Regimes ohne die Regimewechsel in Polen, der CSSR und Ungarn nicht möglich gewesen wäre. Dieser Umstand wird im Begriff des „Vorreiters“ verdichtet, wie er vor allem im Zusammenhang mit Polen immer wieder fällt, und gebietet „Dankbarkeit“ (Reziprozität) der Deutschen insgesamt. Diese Dankbarkeit wird allerdings nicht nur mit der errungenen Freiheit in der DDR begründet, sondern auch mit der sich daraus ergebenden Chance einer Vereinigung beider deutscher Staaten („*Deutsche Einheit*“) – eine wohl zu differenzierende, nichtsdestotrotz eher komplementäre denn alternative Rhetorik. Wiederum wird diese Leistung der „Revolutionäre“ vereinzelt zum Vermächtnisbestand, dem sich Sprecher der Debatte ideell verpflichten.

Im Zuge der Verhandlungen über „gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen Deutschland und Polen, Ungarn, der CSFR bzw. Tschechien und der Slowakei verweisen Sprecher schließlich, siebtens, auf ein „neues Kapitel“ der bilateralen Beziehungen Deutschlands mit diesen Ländern („*Beziehungen nach '89*“). Die dort enthaltenen und auch nach späteren Besuchen immer wieder kolportierten Zusagen einer deutschen „Anwaltsrolle“ für eine Osterweiterung geben – allerdings selten explizit – die historische Anspruchsgrundlage für das Motiv der Worttreue. Dieses Motiv wird allerdings zweifach gewendet: es bezieht sich zum einen auf Zusagen gegenüber den Beitrittsaspiranten, es wird jedoch zum anderen von den Vertriebenen auch auf die im Zuge der Nachbarschaftsverträge eingegangenen Verpflichtungen der Beitrittsländer angewendet und damit in der Debatte zum Streitgegenstand.

Die sich aus diesen historischen Narrativen ableitende normative Pflicht ist somit im überwiegenden Maße eine *Verantwortung gegenüber den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften*. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man verschiedene Verweise auf politische „Verantwortungsgemeinschaften“ zählt, wie sie in Formulierungen wie „wir Deutschen“ bzw. „Europäer“ oder auch „polnische Freunde“ sichtbar werden.²⁰

Damit ist einsichtig, warum die deutsche Debatte keine nennenswerte Opposition gegen eine Erweiterung insgesamt aufwies; ein offenes bzw. grundsätzliches „NEIN“ zur Osterweiterung war in der deutschen Debatte zu keiner Zeit hörbar, obgleich die Meinungsumfragen die „private“ Ablehnung eines großen Teils der Bevölkerung protokollierten. Gleichwohl können diese normativen Gründe die wesentliche Verschiebung des Erweiterungsdiskurses gerade nicht, bzw. nicht in der „eingelebten“ Weise erklären. Warum gelingt die Integration (eines Teils) des „ABER“ in den allgemeinen Erweiterungskonsens, obgleich doch „die guten moralischen Gründe“ auf der Seite einer bedingungslosen Erweiterungspräferenz zu liegen scheinen?

4.2 Konsequenzen I – der „Bumerang“ von Armuts- und Risikodiagnosen

Die Frage des Wandels der Debatte lässt sich nur im Rekurs auf die wesentlichen Konsequenzerwartungen beantworten, die Sprecher zur Begründung einer Öffnung der europäischen Institutionen anführen. Erwartungsgemäß werden Präferenzen für eine Annäherung bzw. Erweiterung (JA) vor allem im Verweis auf *positive Konsequenzen* für Deutschland, West- oder Gesamteuropa und die Beitrittsgesellschaften begründet. In der deutschen Osterweiterungsdebatte geht es demnach in Bezug auf die mittel- und osteuropäischen Beitrittsgesellschaften um Prosperität und Wohlstand, Sicherheitsgewinne, Anerkennung sowie die politische Stabilisierung der „Reformdemokratien“; in Bezug auf Deutschland, Westeuropa bzw. Europa in ähnlicher Weise, aber nicht vollständig komplementär, um Sicherheitsgewinne, internationales Vertrauen, Märkte und Prosperität für die Wirtschaft, Strukturwandel und internationale Konkurrenzfähigkeit, Kostenersparnisse, weniger Migration, und mehr Handlungsfähigkeit bzw. Legitimität der Gemeinschaft. Demgegenüber werden Forderungen nach Beitrittskriterien, Reformen und Übergangsfristen (ABER) vor allem über *negative Konsequenzen* einer übereilten Öffnung der Gemeinschaft

²⁰ Deutsche Erweiterungspolitik befindet sich laut der analysierten Argumentationen in einem Netz mindestens vierfacher Solidarbeziehungen: Von vergleichsweise geringer Zahl sind explizit normativ begründende Rekurse auf das deutsche Gemeinwohl. Obgleich in den konsequenzialistischen Argumentationen zugunsten „deutscher Interessen“ vielfach impliziert, geht es nur vereinzelt explizit um eine Verantwortung der Politik für Deutsche „als Deutsche“ – vor allem zur Begründung von Forderungen der Vertriebenen (vgl. Mildenerger 2001). Erheblich häufiger finden sich Formulierungen, denen zufolge Westeuropa bzw. die (alte) EU als eine politische Verantwortungsgemeinschaft zur entscheidenden Bezugsgröße wird, so wenn um Handlungsfähigkeit und Finanzierbarkeit gerungen wird. Quantitativ am bedeutsamsten sind allerdings zum einen Verweise auf Deutschlands „bilaterale“ Verantwortung etwa für die „polnischen Freunde“ oder „Nachbarn“. Vielfach werden diese „Freunde“ bereits als „Nachbarn“, zum anderen jedoch bereits dezidiert als „Europäer“ angesprochen, der insgesamt eindeutig am häufigsten genannten Gemeinschaftskategorie. Vor allem in der Metapher der „armen Vettern in Mittel- und Osteuropa“ wird Europa als Solidargemeinschaft definiert, die Rufen nach ökonomischer wie politischer Integration moralische Legitimität verleihen soll.

begründet. Dabei drohen den Beitrittsgesellschaften nicht weniger als „Verelendung“, „Destabilisierung“ und „Scheitern der Reformen“; den Altmitgliedern neben politischer Unsicherheit vor allem wirtschaftliche Nachteile wie Arbeitsmigration, Arbeitsplatzkonkurrenz und Lohndumping, den europäischen Institutionen schließlich die Handlungsunfähigkeit und Desintegration.²¹

Die Konjunktur und Integration von Kriterien und Reformbedingungen lässt sich nun zunächst als Bumerang-Effekt im Verweis auf zugrunde liegende Paradigmen des Erweiterungsdiskurses verstehen. Bereits in der Frühphase der Osterweiterungsdebatte wird vielfach – ob im Narrativ der „40 Jahre sozialistischer Misswirtschaft“ oder einfach der Metapher der „armen Vettern“ – auf die katastrophalen Zustände ost- und mitteleuropäischer Gesellschaften hingewiesen. Hier werden Verantwortlichkeiten bzw. eine „Pflicht der Macht“ konstruiert, um Hilfs- und Annäherungspolitiken zu legitimieren. In ähnlicher Funktion sind Szenarien eines scheiternden Transformationsprozesses in Mittel- und Osteuropa ständig präsent; es geht dabei vor allem um eine „Stabilisierung“ aktuell wie zukünftig „instabiler“ Gesellschaften, deren „permanent verdrängte nationale und ethnische Spannungen“ bzw. „Verelendung breiter Bevölkerungsschichten [...] den Keim für Bürgerkriege und Grenzscharmützel“ in sich tragen, und mittelfristig der „Machtübernahme reaktionärer, ja faschistischer Regime Tür und Tor“ öffnen (Koydl SZ 25.5.91). Folgerichtig greifen Sprecher an vielen Stellen die Formulierung Vaclav Havels auf: „Entweder wir exportieren Stabilität nach Osteuropa, oder wir werden eines Tages von dort Instabilität importieren“ (Kinkel 13/210: 19112). Angesichts virulenter Vorstellungen „europäischer Interdependenz“ geht es hierbei zum einen um „gesamteuropäische Stabilität“ (Genscher 12/39: 3257). Diesem ersten Moment kontinental bestimmter Interdependenz treten zum anderen metaphorische, d.h. „über sich hinausweisende“ Figuren deutscher „Mittellage“ und „Nachbarschaft“ hinzu – etwa in der häufig von Helmut Kohl wiederholten Wendung Deutschland habe „die meisten Nachbarn und die längsten Grenzen“ (Kohl 13/181: 16224).²² Demgemäß kann es Deutschland „auf Dauer nur gutgehen, wenn es auch unseren Nachbarn gut geht“ (Verheugen 13/241: 23094); es muß „an der Ostflanke des alten Westens gelegen [...] naturgemäß neue Interessen wahrnehmen“ (Joffe SZ 26.8.93) und die Osterweiterung entsprechend den Befürwortern einer raschen Erweiterung vor allem als Mittel zur „dauerhaften Sicherung von Frieden und Freiheit“ (Kohl 13/5: 46) begreifen. Die diesen Argumentationen inhärenten Risikodiagnosen finden ihren Weg nun gerade in jene Argumentationen, die Bedingungen durch Risikobeschreibungen einer „übereilten“ Erweiterung zu begründen suchen und die Erweiterungsdebatte zunehmend bestimmen. In diesem Sinne lässt sich, so meine These, von einem „Bumerang Effekt“ sprechen: die rhetorische Produktion von Unsicherheitsdeutungen bereitet (konstruiert/reproduziert) den

²¹ Darüber hinaus bezieht sich eine ganze Reihe von Argumentationen zum einen darauf, dass bestimmte Erweiterungspolitiken die Erweiterung selbst begünstigen oder verzögern. Diese speziellen Argumentationen lassen häufig – aber nicht immer – offen, warum eine Erweiterung an und für sich begründbar ist, und enthalten damit nur ausnahmsweise weitere Bezüge. Schließlich wird zum anderen immer wieder diffus auf den Nutzen eines Beitritts für Kandidaten wie Altmitglieder hingewiesen, ohne dass dabei stets klar wird, worauf sich dieser Nutzen genau bezieht. Entsprechend bleibt eine weitere und keinesfalls (quantitativ) unbedeutende Kategorie von Konsequenzbezügen „diffus zugunsten“ bzw. „zum Nachteil von“, die keiner der identifizierten Argumentationen eindeutig zugeordnet werden kann.

²² Wie bereits eingewendet, erhalten entsprechende Metaphern ihre Relevanz auch in der Erweiterungsdebatte durch ihre Funktion als Stützungswissen – womit ich Hülsses (2002) Einwand gegen eine Argumentationsanalyse widersprechen möchte (vgl. Fußnote 8).

Resonanzboden für Argumentationen zugunsten bestimmter Erweiterungsbedingungen. Dabei ist bemerkenswert, wie weit sich die zugrunde liegenden Paradigmen überschneiden.

Strukturwandel und Verelendung: An vielen Stellen der Erweiterungsdebatte steht der Hinweis, die „politischen und sozialen Verhältnisse“ würden sich „nur stabilisieren, wenn sich auch die Wirtschaft stabilisiert“ (Bender FAZ 6.12.97). Hier schließt die Erweiterungsdebatte an fundamentalen Vorstellungen an, wie sie in der politischen Theorie spätestens seit Karl Marx ein Rolle spielen und im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts unter anderem von Seymour Lipset (1959) zum wesentlichen „ökonomischen Demokratieparadigma“ der einschlägigen Demokratietheorie ausformuliert wurden (Dahl 1989, Burkhart/Lewis-Beck 1994).²³

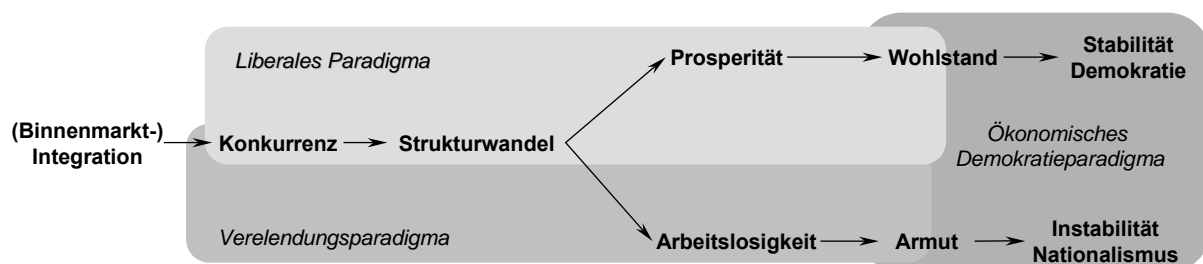
Inwieweit bzw. wann allerdings gerade die Öffnung des Binnenmarktes als Teil einer Annäherungsstrategie bis hin zur Vollmitgliedschaft tatsächlich eine gute „Investition“ darstellt ist höchst umstritten. Einem im weiteren Sinne „liberalökonomischen Paradigma“ folgend, geht dabei eine Reihe von Sprecher davon aus, dass nur eine zügige Marktöffnung den nötigen Strukturwandel erzwingen kann, der langfristig Prosperität und Wohlstand zugunsten aller sichert (vgl. Heitzer-Suša 2001: 57-60). Dieses Paradigma entspringt – oder entspricht zumindest – konkreten Erfahrungen, die in Form historischer Narrative stützend in die Debatte eingeworfen werden. Auf der einen Seite hätten Stabenow zufolge etwa die vorangegangenen Erweiterungsrounden gezeigt, „welche Kräfte eine Mitgliedschaft in den Ländern, aber auch in Brüssel freisetzen kann“ (Stabenow 17.7.97). Auf der anderen Seite steht der *Marshallplan* in diesem Zusammenhang als Lehrbeispiel für die Erfolge „wirtschaftlicher Liberalisierung“, die „den Wiederaufstieg Europas förderte [...]. Deswegen ist er zum Mythos geworden und zu einem Vorbild, dessen Nachahmung immer wieder empfohlen wird.“ (Frankenberger FAZ 30.5.97)

Diese liberalökonomische Argumentation ist jedoch umstritten. So werden die Folgen entsprechender Integrationspolitik kontrovers diskutiert. Gerade angesichts mangelnder Konkurrenzfähigkeit der Transformationsökonomien hält etwa eine ganze Reihe von Sprechern das Szenario eines *durch eine Binnenmarktintegration zusätzlich destabilisierten Mittel- und Osteuropa* für wahrscheinlich, denn in „noch schonungsloserer Weise als bei den neuen deutschen Bundesländern würden sie die Regeln des Marktes mit Massenarbeitslosigkeit, Ausbeutung, Verzweiflung der Bevölkerung und sich verstärkenden Nationalismen bezahlen“ (Randzio-Plath TAZ 23.10.91; vgl. auch Müller 13/210: 19124). Bemerkenswert ist hierbei, dass am rein „ökonomischen“ Teil der vorherrschenden Argumentation Kritik geübt wird: den mittelfristigen Erfolgsaussichten einer auf Handelsliberalisierung zielenden Binnenmarktintegration. Ihm wird – vielfach im Analogieschluss aus im deutschen Vereinigungsprozess gemachten Erfahrungen – ein „Verelendungsszenario“ entgegenge-

²³ Die diesem „ökonomischen Demokratieparadigma“ zugrunde liegenden Hypothesen behaupten zum einen, dass erst der Wohlstand breiter Bevölkerungskreise überhaupt Ansprüche an politische Beteiligung aufkommen lässt, die einen Bedarf an Demokratie begründen (Welzel/Inglehart 1999, vgl. auch Gow 1999). Zum anderen wurde darauf hingewiesen, dass auch demokratische Systeme letztlich über ihre Performanz beurteilt werden und damit nur aus ihrer Fähigkeit, die wesentlichen Probleme der Gesellschaft zu lösen, langfristig Legitimität schöpfen können (Easton 1975, Dahl 1989). Angesichts der vielfach prekären Situation in den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften haben sich entsprechende Annahmen hinsichtlich der ökonomischen Voraussetzungen von Demokratie immer wieder aktualisiert.

stellt, das zwar sprachlich Züge einer grundsätzlich Kapitalismuskritik trägt, allerdings letztlich nur auf die unbestrittenen „Opfer“ von Strukturwandel hinweist: die nicht konkurrenzfähigen Unternehmen und durch Rationalisierungsprozesse mindestens mittelfristig entbehrlich gewordene Arbeitskräfte. Es wundert daher nicht, dass auch andere Sprecher eher konservativer oder liberaler Provenienz in diesem Sinn vor einer übereilten Binnenmarktintegration warnen und damit insbesondere die Kopenhagener Kriterien rechtfertigen, nach denen nur tatsächlich „konkurrenzfähige“ Gesellschaften in die Union aufgenommen werden sollen (etwa Frankenberger FAZ 12.3.98).

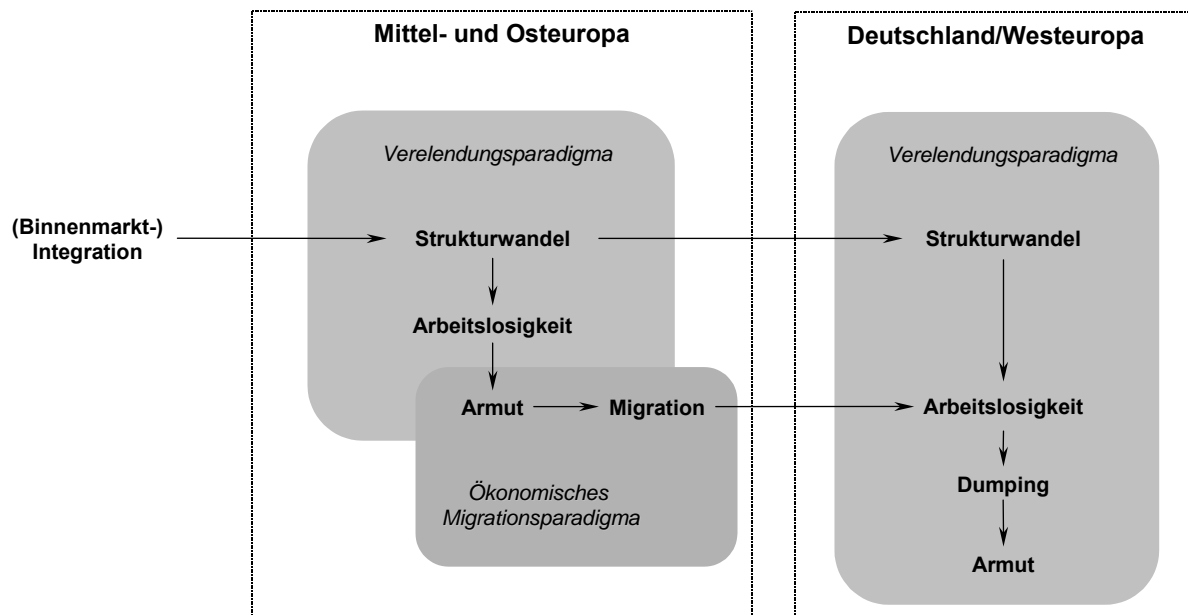
Abbildung 4.2: Liberales, Verelendungs- und Demokratieparadigma



Vielfach schließen Sprecher diese Diagnose schließlich auch explizit mit dem „ökonomischen Demokratieparadigma“ kurz: Wohlstand bedingt politische Stabilität und Demokratie, Armut hingegen Instabilität und extreme Haltungen wie etwa Nationalismus. In dieser Hinsicht stellt das ökonomische Demokratieparadigma einen zentralen Interpretationsrahmen der Erweiterungsdebatte dar, sofern er sowohl Befürwortern wie Kritikern einer „bedingungslosen“ Binnenmarktintegration zur Ausdeutung und Begründung von Erweiterungspolitik dient (Abbildung 4.2).

Dumping, Arbeitsplatz- und Produktkonkurrenz: Nicht nur die sozial und politisch prekären Folgen des ökonomischen Konvergenz- und Integrationsprozesses sind hier Thema, sondern auch die Erwartung, „nach dem Zusammenbruch der östlichen Märkte [könnten bei zu schneller Marktöffnung] auch die westlichen in Turbulenzen geraten“ (Nonnenmacher FAZ 7.6.94). Hier geht es in der Debatte wiederum um die negativen Folgen des – aus liberalökonomischer Sicht positiven – „Strukturwandels“ (etwa Wieczorek-Zeul 13/210: 19116). Die zwei für die deutsche Debatte zentralen Branchen, die hier als gefährdet diskutiert werden, sind Bau- und Landwirtschaft. Für beide werden entsprechend immer wieder Übergangsfristen gefordert.

Abbildung 4.3: Migration und Dumping als Problem des deutschen Arbeitsmarktes



Einen weiteren Ausgangspunkt nehmen arbeitsmarktbezogene Argumentationen schließlich auch in der Vorstellung, mangelnder Wohlstand könne Migration als Aspekt und Folge sozialer Desintegration auslösen. Insbesondere unter dem Stichwort „Wohlstandsgefälle“ wird hier *Interdependenz* bzw. *Migration* als Problem des deutschen Arbeitsmarktes konstruiert, denn gerade „angesichts des eigenen Arbeitsmarktes [muß den Deutschen] an einer raschen Modernisierung Polens und einer nachhaltigen Verbesserung der dortigen Lebensverhältnisse gelegen sein“ (Urban SZ 7.4.97, ähnlich Wiezcorek-Zeul 13/210: 19116). Mit dieser Argumentation formulieren quasi alle hierauf Bezug nehmenden Sprecher ein *ökonomisch ansetzendes Migrationsparadigma*, wie es im Übrigen auch die einschlägige Mobilitäts- und Migrationsforschung prägt (vgl. Angenendt 1997, Straubhaar/Wolburg 1999, Haug 2000²⁴). Auch dieses Paradigma begründet wiederum – d.h. wie auch das „ökonomische Demokratieparadigma“ – eine Erweiterung sowohl *positiv* (sofern diese die Migrationsursachen mittelfristig bekämpfen soll, vgl. Urban SZ 7.4.97) als auch um *gegen eine rasche Erweiterung* zu argumentieren (bzw. Übergangsfristen zu begründen, vgl. G. Schröder 13/247: 23068, kritisch Krzeminski TAZ 31.10.98; vgl. Abbildung 4.3).

Von „europäischer“ Handlungsunfähigkeit und „deutschen“ Kosten: Mit „Destabilisierung“, „Dumping“ und „Arbeitslosigkeit“ sind bereits wichtige Begriffe jener Argumentationen diskutiert, die das „ABER“ des Erweiterungsdiskurses in der deutschen Debatte manifestieren und begründen - und letztlich alle mit den bereits in der Frühphase (re)produzierten Risikodi-

²⁴ Die vorliegenden ökonomischen Ansätze zur innereuropäischen Mobilität unterscheiden allerdings über die deutsche Erweiterungsdebatte hinaus systematischer zwischen Mobilitätsanreizen und -hemmnissen und beziehen dementsprechend neben Differenzen zwischen Ursprungs- und Zielland hinsichtlich Lebensstandard, Arbeitsplatzchancen und ökonomischer Prosperität auch die die Migrationsbereitschaft senkenden sozialen Faktoren wie Sprachbarrieren, soziale Bindungen in der Heimat oder auch Immobilienbesitz ein (Heitzer-Suša 2001: 62-64).

agnosen resonieren. Einschränkung erfahren Erweiterungspräferenzen in der Debatte allerdings noch häufiger im Verweis auf die mangelnden institutionellen und politischen Reformen der Union. Wie gesehen setzt sich im Laufe der Erweiterungsdebatte die Interpretation durch, institutionelle Reformen seien notwendige Bedingungen der Osterweiterung. Das Argument fußt im Wesentlichen auf der Erwartung „drohender Handlungsunfähigkeit“ und wird in dieser Formulierung fast stereotyp und zahlreich wiederholt (Oldag SZ 4.10.95): Entscheidungsblockaden angesichts steigender Heterogenität und Interessendivergenzen, die eine weitere Vertiefung unmöglich machen, daraus resultierender Legitimitätsverlust der Institutionen und schließlich Desintegrationstendenzen.

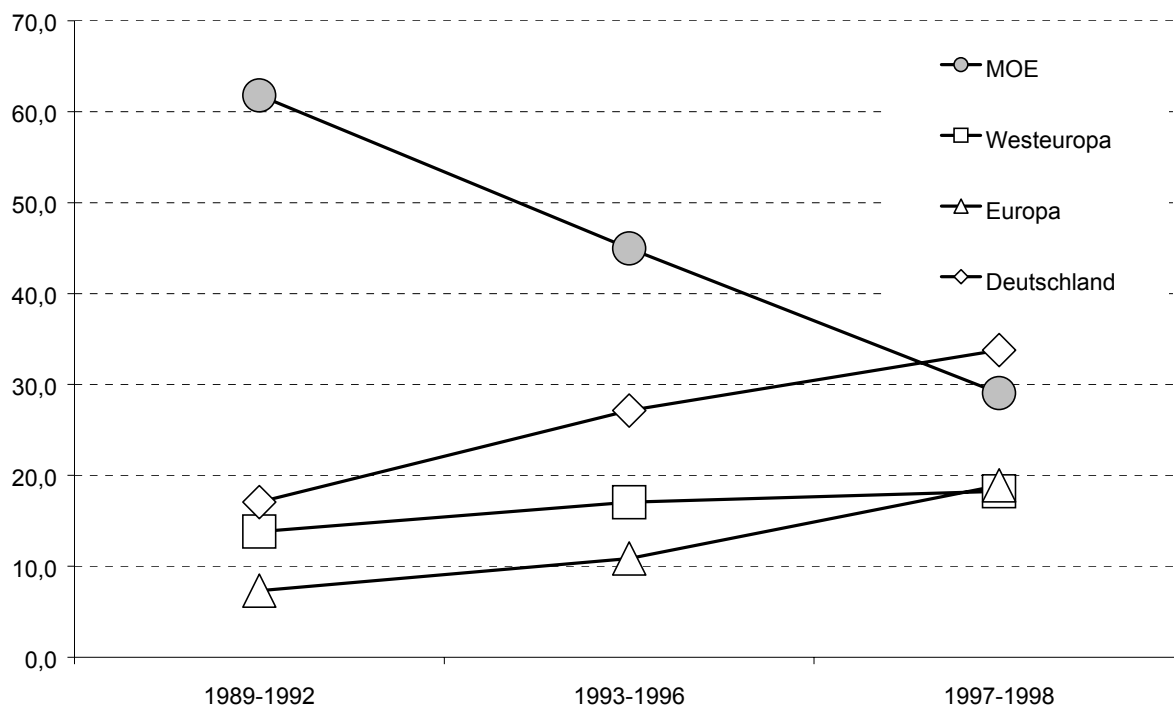
Ein weiteres Problem liegt in den *Kosten*, die die Erweiterung angesichts auf absehbare Zeit bestehender Entwicklungsdifferenzen zwischen Altmitgliedern und Transformationsstaaten impliziert. Ein wesentlicher Teil der kostenintensiven Strukturpolitiken findet seine historischen Wurzeln in dem Versuch, Differenzen zwischen neuen und alten Mitglieder mittelfristig aufzuheben, und so hat sich die EU gerade mit der „Aufnahme der südeuropäischen Länder [...] zu einer gigantischen Verteilungsmaschinerie für Subventionen entwickelt“ (Oldag SZ 30.3.98, vgl. auch Weise 2002). Analog zum Szenario institutionell bedingter „Handlungsunfähigkeit“ implizieren die verschiedenen Unionspolitiken von Struktur- und Agrarfonds nun „eine Reise ins Ungewisse“ (Hort FAZ 10.3.94). Selbst im Falle einer Reform der Unionspolitiken und der in dieser Hinsicht ebenfalls diskutierten „Deckelung“ des Finanzrahmens stellt der Bundesaußenminister klar, es dürfe sich „niemand der Illusion hingeben, die Erweiterung sei zum Nulltarif möglich“; die Osterweiterung werde entsprechend „zur großen Bewährungsprobe für die europäische Solidarität“ (Kinkel 13210: 19111). Dabei geht es nach gängiger Lesart allerdings weniger um „europäische“ denn um spezifisch „deutsche Solidarität“. Hier spielt in der deutschen Debatte immer wieder die Wendung des deutschen „Nettozahlers“ eine Rolle. Sie umfasst im Wesentlichen die Aussage, dass *(Mehr-)Kosten der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union immer zu einem wesentlichen Teil (Mehr-) Kosten des „größten Nettozahlers“ Deutschland* bedeuten (etwa Oldag SZ 14.12.98).

4.3 Konsequenzen II – „Nationalisierung“ der Neuen Deutschen Europapolitik?

Als Erfolg konsequenzbezogener Begründungen ist die Konjunktur von Kriterien und Reformbedingungen bereits verständlich, aber meines Erachtens noch nicht hinreichend begriffen. Wie gesehen, wird zur Stützung von Reformbedingungen und Übergangsfristen vor allem auf die Gefahren einer „bedingungslosen Erweiterung“ hingewiesen. Dies führt zwangsläufig dazu, dass sich auch auf der Ebene der Konsequenzbezüge im Laufe der Debatte ein zunehmend negatives Bild der Erweiterung als eines (auch) gefährlichen Unterfangens abzeichnet. Dabei sind es vor allem die eigenen Kosten und die drohende Handlungsunfähigkeit, die diese Verschiebung bedingen; während die Gefahren für die Beitrittskandidaten immer weniger thematisiert werden. Gerade in dieser wesentlichen Akzentverschiebung der deutschen Erweiterungsdebatte liegt nun eine weitere Erklärung: *die „Nationalisierung“ bzw. „Egozentrierung“ der Debatte angesichts eines alles in allem eher skeptischen Publikums jenseits des sich auch im sprachlichen Vordergrund der Debatte manifestierenden Elitenkonsenses* (vgl. Ecker-Ehrhardt 2002). Um dieses zu überzeugen, so meine These, rekurrieren die Sprecher in der Debatte zunehmend auf jene Gründe, die ihres Erachtens besonders geeignet scheinen, bei einem breiteren Publikum Unterstützung für

ihre Präferenzen zu erzeugen: die „eigenen Interessen“. Stützt die deutsche Erweiterungsdebatte in diesem Sinne die These von einem sich langsam aber stetig verändernden außenpolitischen Konsens in Deutschland (vgl. Baumann et al. 1998, Hellmann 2000)?

Abbildung 4.4: Argumentative Integration von JA-Präferenzen mit Benefiziarbezügen



Die Einträge sind relative Anteile nach Benefiziarbezügen kategorisierter Konsequenzerwartungen (Chancen oder Risiken einer bestimmten Politik für bestimmte Kollektive); berücksichtigt wurden nur Argumentationen, die Präferenzen zugunsten oder gegen eine Annäherung- bzw. Erweiterung enthalten („JA“).

Ein wesentlicher Beleg für diese These findet sich in einer quantitativen Verschiebung jener Benefiziarbezügler, die in erweiterungsbezogenen Argumentationen insgesamt genannt werden. Bemerkenswert ist diese Verschiebung vor allem, wenn man sich auf die JA-Argumentationen konzentriert (und somit den relativen Bedeutungszuwachs von ABER kontrolliert). Wird in den ersten Jahren der Debatte zu rund zwei Dritteln auf die Folgen für Mittel- und Osteuropa verwiesen, sind dies in den Jahren '97/'98 mit rund einem Drittel kaum mehr halb so viele. Deutlich zulegen können demgegenüber vor allem die Verweise auf die Folgen für Deutschland, deren Anteil schließlich sogar den der Verweise auf die Folgen für Mittel- und Osteuropa (geringfügig) überschreitet. Da allerdings auch die Verweise auf die Folgen für Europa bzw. Westeuropa (bzw. die EU) zunehmen, ließe sich dieser Trend möglicherweise besser als „Egozentrierung“ beschreiben, sofern sich das Publikum diesen Kategorien in einer erweiterten Definition von Identität selbst zurechnen kann (Abbildung 4.4). Da die Argumente für eine Annäherung bzw. Erweiterung, wie gesehen, über Verweise auf die positiven Konsequenzen funktionieren, drückt sich in dieser „Egozentrierung“ offenkundig auch die Strategie aus, den in „ABER“-Argumentationen virulenten Gefahrendiagnosen die „eigenen Chancen“ einer Erweiterung entgegenzusetzen.

Schließlich geht mit dieser „Egozentrierung“ der deutschen Erweiterungsdebatte auch eine „Entmoralisierung“ in Gestalt eines abnehmenden Anteils normativer Begründungen einher. Bemerkenswerterweise ist dies keinesfalls nur der Tatsache geschuldet, dass ABER-Argumentationen zugunsten von Bedingungen und etwa Übergangsfristen weniger über normative Verweise als (negative) Konsequenzen begründet werden, sondern hängt wiederum mit der „Egozentrierung“ selbst zusammen.

Dies scheint auf den ersten Blick dafür zu sprechen, dass normative Gründe in der Erweiterungsdebatte keine Rolle zu spielen scheinen – wie dies etwa die utilitaristische Variante des „advocacy coalitions“-Ansatzes ohnehin erwarten würde (Schlager 1995²⁵). Diese Interpretation ist aber meines Erachtens problematisch, denn die Logik öffentlicher Debatten folgt keinesfalls einer naiven Korrespondenzthese. Nicht alle für Sprecher wie Publikum relevanten Deutungen werden notwendigerweise auch in Argumentationen transparent thematisiert. Dies geschieht nur dann, wenn sie selbst problematisch werden oder aber auf die ein oder andere Weise als Begründungsressource von Bedeutung sind. Dabei gibt es gerade in der Erweiterungsdebatte genug Hinweise sowohl auf Deutungen, die nicht argumentativ vertreten und begründet werden, weil sie erkennbar Konsens sind (z.B. das Beitrittskriterium „Demokratie“), als auch auf solche, die aus strategischen Erwägungen nicht oder relativ selten thematisiert werden (Stichwort „Arbeitslosigkeit“, vgl. Ecker-Ehrhardt 2002).

Normen sind aber gerade ein Beispiel dafür, dass wesentliche Deutungen implizit bleiben, weil sie augenscheinlich vorausgesetzt werden. *Egozentrische Konsequenzen sind demgemäß nicht etwa normativ weniger legitim, weil sie weniger normativ begründet werden; im Gegenteil: ihre geringe normative Begründungsdichte verweist auf einen vergleichsweise hohen Grad an per se zugeschriebener normativer Legitimität, der nicht problematisiert werden muss.* Dies gilt im Übrigen nicht nur für die Verweise auf „deutsche Interessen“. Berechnet man den Anteil von Argumenten, deren Verweise auf Folgen durch passende normative Gründe gestützt werden, so zeigt sich, dass nicht nur die Verweise auf „deutsche“ Folgen, sondern auch jene auf die Folgen für Westeuropa bzw. die EU deutlich seltener „normativ“ ergänzt werden (Tabelle 4.1). Ihre normative Legitimität wird offensichtlich vorausgesetzt und muss nicht gesondert konstruiert bzw. expliziert werden.

²⁵ Schlager (1995) postuliert „[c]oalitions are more likely to persist if [...] the major beneficiaries of the benefits that a coalition produces are clearly identified and are members of the coalitions“ (Schlager 1995: 264).

Tabelle 4.1: Normative Begründungsdichte von Konsequenzen („Interessen“)? Kollektivbezüge nach kombinierten Benefiziar- und Verantwortungsbezügen

	Kollektive, auf die sich Bezüge beziehen (Verantwortung für wen? Konsequenz für wen?)			
	MOE	Europa	EU/Westeuropa	Deutschland
Präferenz wird...				
... nur über Konsequenz für Kollektiv gestützt („rein konsequenzialistisch“)	50,0 %	22,6 %	88,1 %	93,2 %
... über Verantwortung + Konsequenz für Kollektiv gestützt („verantwortungsethisch“)	20,5 %	11,0 %	5,4 %	2,0 %
... nur über Verantwortung für Kollektiv gestützt („gesinnungsethisch“)	29,5 %	66,5 %	6,5 %	4,8 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
(N)	(312)	(164)	(168)	(147)

5. Fazit

Wie wird Emergenz und Wandel zugrunde liegender Deutungsstrukturen („Diskurse“) jenseits einfacher (Nicht-)Existenz-Beobachtung valide bestimmbar? Welchen methodischen Zugriff hat man auf argumentative Prozesse? Vor allem: Woran sieht man den Erfolg von Argumenten? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Beitrages bzw. der vorgestellten Idee einer gleichermaßen poststrukturalistisch wie argumentationslogisch ansetzenden Diskursanalyse. Solchermaßen angesetzt, zeigt ein Blick auf die deutsche EU-Osterweiterungsdebatte die weitgehende Hegemonie einer umfassenden „JA“-Koalition zugunsten einer Integration mittel- und osteuropäischer Staaten in die Europäischen Union, die ihre Präferenz durch charakteristische – normative wie auch konsequenzbezogene – Begründungen legitimiert, deren Identität sich allerdings über die Zeit signifikant verändert.

Eine detaillierte Rekonstruktion der deutschen Erweiterungsdebatte von ihrem Anfang bis zur Bundestagswahl 1998 ergibt *erstens* eine bemerkenswerte Verschiebung ihres Fokus von einem meist bedingungslos formulierten Erweiterungskonsens, hin zu einem verstärkt auf Bedingungen abhebenden und argumentativ integrierten(!) „JA, ABER“ der Beitrittskriterien und "notwendigen" Reformen der EU-Institutionen bzw. -politiken. Entgegen einschlägiger Diagnosen ist dabei das Aufkommen eines integrierten „JA, ABER“ nicht eine „neue“ Entwicklung nach dem Wechsel der Regierungsverantwortung auf Schröder und Fischer, wie etwa Bulmer und Kollegen (2000: 111f.) vermuten. Vielmehr vollzieht sich der Wechsel langfristig im Sinne eines in der Debatte selbst nachzuvollziehenden „bottom-up“ entsprechender Positionen. Allerdings werden keinesfalls alle Gefahrendiagnosen und Einwände argumentativ aufgenommen; ein Teil der erweiterungskritischen "ABER"-Koalitionen blieb, wie etwa im

Falle der Vertriebenenforderungen nach Entschädigungen, marginal und außerhalb des hegemonialen Konsenses einer „JA, ABER“-Koalition. Alles in allem bleibt die beschriebene Ausdehnung bzw. Verschiebung des Erweiterungskonsenses also begrenzt, dessen langwierige Emergenz und Kontur erst durch geeignete quantitative Indikatoren „argumentativer Integration“ sichtbar gemacht werden kann.

Dieses „JA, ABER“ markiert *zweitens* eine erfolgreiche Integration von Kritik in einen allgemeinen und zunächst eher auf die Chancen verweisenden Erweiterungskonsens und ist in diesem Sinne weniger mit Blick auf normative Begründungen zu verstehen, als im Rückgriff auf die eingebrachten Konsequenzerwartungen angesichts alternativer Politiken. Die Diskussion der deutschen Erweiterungsdebatte zeigt dabei insbesondere, dass die beschriebene Diskursverschiebung hinsichtlich zentraler Konsequenzerwartungen bzw. Paradigmen erfolgt; analytischen Ideen also, die die konstruktivistische Diskurs- bzw. Ideenforschung gerne zugunsten normativer Deutungen vernachlässigt. Hier wurde erstens argumentiert, dass die eingeführten Verweise auf die schlechte Lage in Mittel- und Osteuropa bzw. deren „Instabilität“ zwar zu Beginn der Debatte vor allem die normativen Verpflichtungen Deutschlands für eine aktive Erweiterungspolitik begründen sollten; diese Begründungsmustern jedoch im Sinne eines „Bumerangs“ auf die Legitimität einer Erweiterung selbst „zurückschlugen“. Die konstruierten Szenarien destabilisierter Transformationsgesellschaften auf dem Weg zu Nationalismus und Verelendung dienten schließlich vor allem dazu, die Verzögerung der Erweiterung durch strenge Beitrittskriterien, die Reform der EU-Institutionen und -Politiken und Übergangsfristen zu legitimieren.

Drittens bedingt die Verschiebung zu einer konsensualen Position des „Ja, aber...“ auch einen verstärkten Rückgriff auf die „eigenen Interessen“ des Publikums und eine damit verbundene „Entmoralisierung“ des sprachlichen Vordergrundes der Debatte. Dies weist allerdings, so wurde argumentiert, nicht etwa darauf hin, dass die „eigenen Interessen“ in den Augen von Sprechern und Publikum weniger normativ legitim sind, im Gegenteil. Vielmehr zeigt die häufige Referenz auf normative Pflichten im Falle „altruistischer“ Argumentationen zugunsten der Beitrittsgesellschaften, dass hier Verantwortung erst aufwendig konstruiert bzw. belegt werden muss, die im Falle des „deutschen Gemeinwohls“ bereits als gegeben vorausgesetzt wird. Darüber hinaus ist instruktiv, dass auch Verweise auf Konsequenzen für den Kreis der westeuropäischen Altmitglieder bzw. die Europäischen Institutionen ohne weitere normative Gründe auskommen. Hier herrscht augenscheinlich bereits ein hoher Grad an normativer Vergemeinschaftung, der ebenfalls keiner weiteren „Problematierung“ durch argumentative Verweise bedarf.

Methodischer Anhang: Binäre Korrelationsmaße in der Textanalyse

Grundsätzlich sind Textmerkmale diskrete Ereignisse, d.h. sie können entweder in einem bestimmten Text bzw. bestimmten Abschnitt vorhanden sein oder nicht. Der daher im Zuge einer Textanalyse zu gewinnende „Datensatz“ ist typischerweise eine Matrix aus so genannten „Dummies“ mit einer jeweils binären Kodierung von „vorhanden/nicht vorhanden“. Für die Analyse argumentativer Integration zweier Merkmale ergibt sich eine Vierfeldermatrix (Tabelle A.1). Hier geht es zunächst – wie auch in Korrelationsanalysen sonst – um das gemeinsame Auftreten eines Merkmals (a). Während in „normalen“ Korrelationsanalysen nun auch das gemeinsamen Nichtauftreten eines Merkmals (d) als gleichermaßen bemerkenswerte Übereinstimmungen von A und B gewertet werden, ist dies im Rahmen einer Textanalyse nicht sinnvoll, denn hier handelt sich im Falle von Textmerkmalen typischerweise um ein gleichermaßen inflationäres wie informationsarmes Ereignis. Ist das Kategoriensystem groß und die Komplexität der kodierten Textpassagen („Fälle“) gering, ist die Wahrscheinlichkeit des Auftretens eines bestimmten Merkmals notwendigerweise im Mittel ebenfalls gering und kein Hinweis auf ein erklärungsbedürftiges oder gar vom Autor intendiertes „Aussparen“. Berechnet man die gängigen Korrelationskoeffizienten, kommt es daher häufig vor, dass eine hohe Varianz der Korrelationen ausgewiesen wird, die bei genauerem Blick auf die entsprechende Kreuztabelle arbiträr auf ein unregelmäßig verteiltes Fehlen beider Merkmale beruht. Tabelle A.1 illustriert diesen Umstand durch eine Reihe von Verteilungsbeispielen, wobei nur die Besetzung der Zelle „d“ variiert. Die berechnete Produktmomentkorrelation²⁶ zeigt seine extreme Abhängigkeit vom relativen Anteil synchroner Merkmalsabstinenz, obgleich die für eine Textanalyse interessierende Verteilung in den Zellen a, b und c konstant bleibt. Nicht nur die absolute Größe der berechneten Korrelationskoeffizienten variiert deutlich, auch das Vorzeichen ändert sich. Der alternativ berechnete *Jaccard-Koeffizient* ist demgegenüber nur als Anteil gemeinsamer Auftritte (a) an der Summe aller Merkmalsauftritte von A und B (a+b+c) definiert und bleibt in den gewählten Beispielen konstant. Er kann somit als ein adäquates Maß der argumentativen Integration zweier Merkmale aufgefasst werden. Als Anteilswert wird er null beim völligen Fehlen gemeinsamen Auftretens in Texten und erreicht sein Maximum von eins, wenn sich die Merkmale ausschließlich gemeinsam in Texten finden.

²⁶ ... hier in seiner vereinfachten Version für Vier-Felder-Tafeln nach Fleiss (1983)

Tabelle A.1: Jaccard- versus Korrelationskoeffizient bei typischen Verteilungen von Textmerkmalen

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	a	b	$\varphi = (ad-bc) / \sqrt{((a+b)(a+c)(b+d)(c+d))}$
	fehlt	c	d	$J = a / (a+b+c)$

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	5	10	$\varphi = 0,27$
	fehlt	10	200	$J = 0,20$

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	5	10	$\varphi = 0,17$
	fehlt	10	50	$J = 0,20$

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	5	10	$\varphi = 0,08$
	fehlt	10	30	$J = 0,20$

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	5	10	$\varphi = -0,17$
	fehlt	10	10	$J = 0,20$

		Merkmal B		
		vorhanden	fehlt	
Merkmal A	vorhanden	5	10	$\varphi = -0,67$
	fehlt	10	0	$J = 0,20$

Literatur

- Angenendt, Steffen 1997: *Deutsche Migrationspolitik im neuen Europa*. Opladen: Leske und Budrich.
- Axelrod, Robert (Hrsg.) 1976: *Structure of Decision*. Princeton: Princeton University Press.
- Batagelj, Vladimir/Matevz Bren 1993: *Comparing Resemblance Measures*. Extended version of the paper presented at Distancia '92, June 22-26, 1992, Rennes, France.
- Baumann, Rainer/Volker Rittberger/Wolfgang Wagner 1999: Macht und Machtpolitik. Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognose über die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. In: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, 6(2), 245-286.
- Becker, Peter 2000: Reformbereitschaft der Europäischen Union auf dem Prüfstand - die Agenda 2000. In: Barbara Lippert (Hrsg.): *Osterweiterung der Europäischen Union - die doppelte Reifepfung*. Bonn: Europa Union Verlag, 61-104.
- Berger, Peter L./Thomas Luckmann 1967: *The Social Construction of Reality: A Treatise in the Sociology of Knowledge*. London: Penguin.
- Bingen, Dieter 1998: *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991*. Baden-Baden: Nomos.
- Boekle, Henning/Volker Rittberger/Wolfgang Wagner 1999: *Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie*: Arbeitspapier Nr. 34 der Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung des Instituts für Politikwissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.
- Brand, Karl-Werner/Klaus Eder/Angelika Pöferl 1997: *Ökologische Kommunikation in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bulmer, Simon/William Paterson/Charlie Jeffery 2000: *Germany's European Diplomacy: Shaping the Regional Milieu*. Manchester: Manchester University Press.
- Burkhart, Ross E./Michael S. Lewis-Beck 1994: Comparative Democracy: The Economic Development Thesis. In: *American Political Science Review*, 88(4), 903-910.
- Critchley, Simon 1998: Metaphysics in the Dark. A Response to Richard Rorty and Ernesto Laclau. In: *Political Theory*, 26(6), 803-817.
- Dahl, Robert A. 1989: *Democracy and its Critics*. New Haven: Yale University Press.
- De Witte, Bruno 2002: Anticipating the Institutional Consequences of Expanded Membership of the European Union. In: *International Political Science Review*, 23(3), 235-248.
- Deutscher Bundestag: Drucksache 13/9418 vom 10.12.1997: *Erste Beschlußempfehlung und erster Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (22. Ausschuß) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung - Drucksache 13/8391*. Vorlage der Kommission über die Erweiterung der Europäischen Union, hier: Agenda 2000: [...].
- Diez, Thomas 1999: *Die EU lesen: Diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte*. Opladen: Leske und Budrich.
- Doty, Roxanne Lynn 1993: Foreign Policy as Social Construction: A Post-Positivist Analysis of US Counterinsurgency Policy in the Philippines. In: *International Studies Quarterly*, 37(3), 297-320.
- Easton, David 1975: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: *British Journal of Political Science*, 5, 435-557.
- Eberwein, Wolf-Dieter/Matthias Ecker-Ehrhardt 2001: *Deutschland und Polen: eine Werte und Interessengemeinschaft? Die Elitenperspektive*. Opladen: Leske und Budrich.

- Ecker-Ehrhardt, Matthias 2002: Alles nur Rhetorik? Der ideelle Vorder- und Hintergrund der deutschen Debatte über die EU-Osterweiterung. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 9(2), 209-252.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias i.V.: *Diskurse, Koalitionen, Kognitionen. Die deutschen Debatte über die EU-Osterweiterung*. Berlin.
- Europäische Kommission 1995: *White Paper Preparation of the Associated Countries of Central and Eastern Europe for Integration into the Internal Market of the Union COM(95)163*. <http://europa.eu.int/en/record/white/east955/index.htm>.
- Europäischer Rat 1993: *Europäischer Rat in Kopenhagen. Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft am 21. und 22. Juni 1993. Schlußfolgerungen des Vorsitzes*. Bulletin der Europäischen Union, Nr. 60 vom 8.7.1993.
- Europäischer Rat 1995: *Europäischer Rat Madrid, 15.-16. Dezember 1995, Schlußfolgerungen des Vorsitzes*. Press Release: Brussels (16/12/1995) - Press:0 Nr: 00400/95.
- Fierke, Karin M./Antje Wiener 1999: Constructing institutional interests: EU and NATO enlargement. In: *Journal of European Public Policy*, 6(5), 721-42.
- Fleiss, Joseph L. 1981: *Statistical Methods for Rates and Proportions*. 2. Aufl. New York: Wiley.
- Friis, Lykke 1998: EU Enlargement and the Luxembourg Summit: a Case Study in Agenda Setting. In: Anders Wivel (Hrsg.): *Explaining European Integration*. Copenhagen: Copenhagen Political Studies Press, 56-78.
- Gamson, William A./André Modigliani 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: a Constructionist Approach. In: *American Journal of Sociology*, 95, 1-38.
- Geertz, Clifford 1995: *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gerhards, Jürgen 1992: Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse. In: *Journal für Sozialforschung*, 32(3/4), 307-318.
- Gow, James 1999: Security and Democracy: The EU and Central and Eastern Europe. In: Karen Henderson (Hrsg.): *Back to Europe: Central and Eastern Europe and the European Union*. London: University College London, 23-36.
- Gower, Jackie 1993: EC Relations with Central and Eastern Europe. In: Juliet Lodge (Hrsg.): *The European Community and the Challenge of the Future*. second edition. London: University College London, 283-299.
- Grabbe, Heather 2002: European Union Conditionality and the Acquis Communautaire. In: *International Political Science Review*, 23(3), 249-268.
- Habermas, Jürgen 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationale und gesellschaftliche Rationalisierung. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch.
- Hajer, Maarten A. 1995: *The Politics of Environmental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford: Clarendon.
- Hall, Peter A. 1993: Policy Paradigms, Social Learning, and the State. In: *Comparative Politics*, 25, 275-296.
- Haug, Sonja 2000: *Klassische und neuere Theorien der Migration*. MZES Arbeitspapiere Nr. 30. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.
- Heitzer-Suša, Elke 2001: *Die ökonomische Dimension der EU-Osterweiterung*. Baden-Baden: Nomos.
- Hellmann, Gunther 2000: *Rekonstruktion der „Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen“? Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher*

- Außenpolitik*. Vorgelegt auf dem 21. Wissenschaftlichen Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Halle/Saale, 1.-5. Oktober 2000.
- Hofmann, Jeanette 1993: *Implizite Theorien in der Politik. Interpretationsprobleme regionaler Technologiepolitik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hülse, Reiner 2003: Sprache ist mehr als Argumentation. Zur wirklichkeitskonstituierenden Rolle von Metaphern. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 10(2), 211-246.
- Keck, M./K. Sikkink 1998: *Activists Beyond Borders. Transnational Advocacy Networks in International Politics*. Ithaca NY: Cornell University Press.
- Keller, Reiner 1997: Diskursanalyse. In: Ronald Hitzler/Anne Honer (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*. Opladen: Leske + Budrich, 309-334.
- Kuhlmann, Christoph 1999: *Die öffentliche Begründung politischen Handelns*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Laclau, Ernesto/Chantal Mouffe 1985: *Hegemony and Socialist Strategy*. London: Verso.
- Laclau, Ernesto/Chantal Mouffe 1987: Post-Marxism without Apologies. In: *New Left Review*(166), 79-106.
- Lakoff, George/Mark Johnson 1980: *Metaphors We Live By*. Chicago, London: University of Chicago Press.
- Larsen, Henrik 1997: *Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe*. London: Routledge.
- Lippert, Barbara 1992: Mittel- und osteuropäische Staaten. In: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1991/1992*. Bonn: Europa Union Verlag, 379-385.
- Lippert, Barbara 1993: Mittel- und osteuropäische Staaten. In: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/1993*. Bonn: Europa Union Verlag, 239-245.
- Lippert, Barbara 2002: Die EU-Erweiterungspolitik nach 1989 - Konzeptionen und Praxis der Regierung Kohl und Schröder. In: Heinrich Schneider/Mathias Jopp/Uwe Schmalz (Hrsg.): *Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen - Problemfelder - Optionen*. Bonn: Europa Union Verlag, 349-392.
- Lipset, Seymour M. 1959: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: *American Political Science Review*, 53, 69-105.
- March, James G./Johan P. Olsen 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders. In: *International Organization*, 52(4), 943-969.
- Mayring, Philipp 1993: *Qualitative Inhaltsanalyse*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Mildenberger, Markus 2001: Funktioniert die "Interessengemeinschaft"? Bilanz eines Jahrzehnts deutsch-polnischer Beziehungen. In: Wolf-Dieter Eberwein/B. Kerski (Hrsg.): *Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000: Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?* Opladen: Leske + Budrich, 113-147.
- Münch, Richard 1998: Dauerhafte Suche nach Konsens. Außenpolitik wird zur Verhandlungsdemokratie. In: *Internationale Politik*, 12(98), 13-20.
- Opp de Hipt, Manfred 1987: *Denkbilder in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Piepenschneider, Melanie 2002: Deutsche Prioritäten bei der Reform der europäischen Institutionen und Verfahren. In: Heinrich Schneider/Mathias Jopp/Uwe Schmalz (Hrsg.): *Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen - Problemfelder - Optionen*. Bonn: Europa Union Verlag, 325-347.
- Putnam, Robert D. 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games. In: *International Organization*, 42, 427-69.

- Risse, Thomas 2000: "Let's Argue": Communicative Action in World Politics. In: *International Organization*, 54(1), 1-39.
- Rittberger, Volker (Hrsg.) 2001: *German Foreign Policy Since Unification. Theories and Case Studies*. Manchester: Manchester University Press.
- Rorty, Richard 1996: Remarks on Deconstruction and Pragmatism. In: Chantal Mouffe (Hrsg.): *Deconstruction and Pragmatism*. London: Routledge, 13-18.
- Rupp, Michael Alexander 1999: The Pre-Accession Strategy and the Governmental Structures of the Visegrad Countries. In: Karen Henderson (Hrsg.): *Back to Europe: Central and Eastern Europe and the European Union*. London: University College London, 89-106.
- Sabatier, Paul A./Hank C. Jenkins-Smith 1999: The Advocacy Coalition Framework: An Assessment. In: Paul A. Sabatier (Hrsg.): *Theories of the Policy Process*. Boulder, Col.: Westview Press, 117-167.
- Schimmelfennig, Frank 2001: The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union. In: *International Organization*, 55(1), 47-80.
- Schlager, Edella 1995: Policy Making and Collective Action: Defining Coalitions within the Advocacy Coalition Framework. In: *Policy Sciences*, 28(3), 243-270.
- Sedelmeier, Ulrich/Helen Wallace 1996: Policies towards Central and Eastern Europe. In: Helen Wallace/William Wallace (Hrsg.): *Policy-Making in the European Union*. third edition. Oxford: Oxford University Press, 353-388.
- Shapiro, Michael J./Matthew G. Bonham/Daniel Heradsveit 1988: A Discourse Practices Approach to Collective Decision Making. In: *International Studies Quarterly*, 32(2), 397-420.
- Straubhaar, Thomas/Martin Wolburg 1999: Brain Drain and Brain Gain in Europe: An Evaluation of East European Migration to Germany. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 218(5-6), 574-604.
- Torring, Jacob 1999: *New Theories of Discourse*. Oxford: Blackwell.
- Toulmin, Stephen E. 1996 (1975): *Der Gebrauch von Argumenten*. 2. Auflage. Weinheim: Beltz Athenäum.
- van Dijk, Teun A. 1980: *Macrostructures. An Interdisciplinary Study of Global Structures in Discourse, Interaction, and Cognition*. Hillsdale, N.J.: Lawrence Erlbaum Ass.
- Waever, Ole 1994: Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis. In: Walter Carlsnaes/Steve Smith (Hrsg.): *European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe*. London: Sage, 239-263.
- Waever, Ole 1998: Explaining Europe by Decoding Discourses. In: Anders Wivel (Hrsg.): *Explaining European Integration*. Copenhagen: Copenhagen Political Studies Press, 100-146.
- Weise, Christian 2002: *How to finance Eastern Enlargement of the EU. The Need to Reform EU Policies and the Consequences for the Net Contributor Balance*. DIW Discussion Paper 287. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Weldes, Jutta 1996: Constructing National Interests. In: *European Journal of International Relations*, 2(3), 275-318.
- Welzel, Christian/Ronald Inglehart 1999: *Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy*. WZB Discussion Paper FS III 99-202. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

InIIS-Arbeitspapiere

Nr. 1/96	Senghaas, Dieter	Geokultur: Wirklichkeit oder Fiktion? <i>Veröffentlicht in: Senghaas, Dieter 1998: Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst, Frankfurt/M., S. 149-223.</i>
Nr. 2/96	Krasner, Stephen D.; Froats, Daniel T.	The Westphalian Model and Minority-Rights Guarantees in Europe
Nr. 3/96	Barry, Brian	Nationalism, Intervention and Redistribution
Nr. 4-5/97	Walter, Gregor; Dreher, Sabine; Beisheim, Marianne Zürn, Michael	Globalization Processes in the OECD World <i>Veröffentlicht in: Global Society 13:3 (1999), 229-255.</i> Does International Governance Meet Demand?
Nr. 6/97	Senghaas, Dieter	Politisierung und Pluralismus. Herausforderung für Kulturen <i>Veröffentlicht in: Senghaas, Dieter 1998: Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst, Frankfurt/M., S. 27-148.</i>
Nr. 6/97 Engl. version	Senghaas, Dieter	How to Cope With Pluralization. Studies on Modern Cultural Conflicts
Nr. 7/97	Peters, Bernhard	On Public Deliberation and Public Culture
Nr. 8/97	Schneckener, Ulrich; Senghaas, Dieter	Auf der Suche nach friedlicher Koexistenz. Modelle zur Bearbeitung ethno-nationaler Konflikte in Europa
Nr. 9/98	Faist, Thomas	International Migration and Transnational Social Spaces: Their Evolution, Significance and Future Prospects
Nr. 10/98	Peters, Bernhard	Identity Questions
Nr. 11/98	Özveren, Eyüp	Joseph A. Schumpeter Revisited: Projections for the Twenty-First Century
Nr. 12/98	Zürn, Michael	Democratic Governance Beyond the Nation State?
Nr. 13/99	Trautner, Bernhard J.	The Clash <i>Within</i> Civilisations: Islam and the Accommodation of Plurality
Nr. 14/99	Peters, Bernhard	Understanding Multiculturalism
Nr. 15/99	Zangl, Bernhard	Internationale Normdurchsetzung. Enforcement, Management oder Adjudication?
Nr. 16/99	Zürn, Michael; Lange, Niels	Regionalism in the Age of Globalization

Nr. 17/2000	Faist, Thomas	Social Citizenship in the European Union. Residual, Post-National and Nested Membership?
Nr. 18/2000	Zürn, Michael; Walter, Gregor; Dreher, Sabine; Beisheim, Marianne	Postnationale Politik? Über den politischen Umgang mit den Denationalisierungsherausforderungen Internet, Klima und Migration
Nr. 19/2000	Schneckener, Ulrich	Making Power-sharing Work. Lessons from Successes and Failures in Ethnic Conflict Regulation
Nr. 20/2000	Sackmann, Rosemarie; Prümm, Kathrin; Schultz, Tanjev Sackmann, Rosemarie	Kollektive Identität türkischer Migranten in Deutschland? Erste Annäherung an eine Forschungsfrage Kollektive Identität, Assimilation und Integration
Nr. 21/01	Trautner, Bernhard J.	Pluralität im südostasiatischen Islam – <i>extremo Oriente Lux?</i>
Nr. 22/01	Weller, Christoph	Feindbilder. Ansätze und Probleme ihrer Erforschung
Nr. 23/01	Neyer, Jürgen; Zürn, Michael	Compliance in Comparative Perspective. The EU and Other International Institutions
Nr. 24/02	Buddensiek, Martin	Die Rolle der globalen Kleinwaffendiffusion in Bezug auf innerstaatliche Konflikte. Erklärungsansätze und Herausforderungen <i>Diplomarbeit, Universität Bremen 2002.</i>
Nr. 25/02	Frank, Martin	Begründungen von Minderheitenrechten
Nr. 26/03	Rovira Kaltwasser, Cristóbal	Die <i>dependencia</i> -Schule im Kontext der Globalisierungsdiskussion. Ein Beitrag zur Überwindung der Diskontinuität in der lateinamerikanischen Sozialwissenschaft
Nr. 27/03	Heupel, Monika; Zangl, Bernhard	Die empirische Realität des „neuen Krieges“
Nr. 28/03	Meyer, Lukas H.	Historical Injustice and the Right to Return
Nr. 29/04	Ecker-Ehrhardt, Matthias	Zu Emergenz und Wandel argumentativer Koalitionen. Die Integration von Kritik in den deutschen Osterweiterungskonsens
Nr. 30/04	Peters, Bernhard; Schultz, Tanjev	Publizistische Beiträge zu einer diskursiven Öffentlichkeit. Eine themenübergreifende Inhaltsanalyse deutscher Zeitungen und Zeitschriften
